

# Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift,

Organ des Provinzial-Lehrer- und Pestalozzi-Vereins in Schlesien sowie  
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins.

Nr. 6.

Breslau, 6. Februar 1896.

25. Jahrgang.

**Inhalt:** Ein neuer Grund, die Lehrergehälter nicht aufzubessern. — Die Wirkungen des Besoldungsgesetzes für die Stadt Breslau. — Benutzung und Unterhaltung der Dienstwohnung nach dem neuen Besoldungsgesetz. — Die Krankenkasse des Deutschen Lehrervereins. — Wochenschau. — Korrespondenzen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Vermischtes. — Rezensionen. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Ein neuer Grund, die Lehrergehälter nicht aufzubessern.

Wer etwas durchaus nicht thun will, sucht drängenden Mahnern gegenüber mit soviel Aufwand von Geist, als ihm nur irgend beschieden ist, auseinanderzusetzen, dass man es nicht thun dürfe. Dabei scheint die Frage der Aufbesserung der Lehrergehälter jetzt glücklich angelangt zu sein. Bisher hörte man nur von den um ihren Mammon besorgten Dorfältesten und Stadtvätern, es sei nicht angängig, dem schmalen Lehrergehalte etwas zuzulegen, weil keine Mittel vorhanden wären, oder weil man damit doch keine Ruhe schaffen könne; denn zufriedene Lehrer seien weiße Raben. Andere fingen die Sache noch einfacher an und bestritten kurzer Hand eine die Aufbesserung der Gehälter notwendig machende bedrängte Lage der Lehrer, wiesen auf ihre niedere Herkunft hin und auf die geringfügigen Dienste, welche sie der Allgemeinheit leisteten. Ohne Zweifel, diese Gründe waren hübsch durchsichtig und auch fast immer durchschlagend. Schade nur, dass sie gegenwärtig einen Fehler haben: sie sind so abgegriffen wie ein Bettelpfennig. Man schämt sich fast, sie in den Mund zu nehmen; ein anständiger Mann spricht zudem auch nicht gern gegen seine Überzeugung. Das empfand auch ein Herr Paul Seger. Er beschloss daher, der Sache ordentlich auf den Grund zu gehen und auf mehr wissenschaftliche Weise, als es bisher geschehen ist, das Unzweckmäßige der Gehaltsaufbesserung der Subalternbeamten und Lehrer darzulegen. Das Resultat seiner Beobachtungen und seines Nachdenkens teilte er in einem Aufsatz unter dem Titel: »Die Besoldungsverhältnisse der Beamten« in Nr. 51 der »Gegenwart« mit.

Zunächst beschwert er sich darüber, dass die Gehälter der höheren Beamten sich gleich geblieben seien oder nur eine geringe Aufbesserung erfahren haben, während Subaltern- und Unterbeamte fortwährend mit Gehaltserhöhungen bedacht würden. Aus der ungenügenden Besoldung der höheren Beamten erwachsen schwere Schäden für das Volkstum. Das Studium ist sehr teuer; Stipendien fallen bei dem gesunkenen Geldwert kaum mehr ins Gewicht; der Weg zu manchem höheren Amt führt nur durch gewisse anspruchsvolle studentische Verbindungen. Dann kommt eine lange unbesoldete Wartezeit. »Die Anstellung findet dann statt mit einem Gehalt, welches kaum zu einem entsprechenden Garçondasein reicht; an eine Ehe kann vernünftigerweise ohne vorhandenes Vermögen nicht gedacht werden. Immer mehr werden auf diese Weise die höheren Berufe den Armen verschlossen . . . Der Zuzug von unten wird abgeschnitten; der Nachwuchs wird seltener, da die Beamten eben, wenn nicht wohlhabend, immer weniger ans Heiraten denken;

die Ergänzung wird also mit der Zeit immer mehr aus wohlhabenderen Bürgerfamilien stattfinden. Dass ein solches Resultat wünschenswert ist, wird wohl niemand behaupten.« Bei dem geringen Zusammenhange der oberen Beamten mit der Gesamtheit des Volkes ist die Wahrscheinlichkeit unvernünftiger Verwaltung und Rechtsprechung größer. Ferner scheint es, dass in den Städten und in den höheren Klassen der Bevölkerung eine Degeneration stattfindet, so dass, wenn nicht immer frisches Blut vom Lande und von unten einströmt, hier eine immer größere Untüchtigkeit zu fürchten ist. Endlich befördert die große Annäherung der Einkommen die Unzufriedenheit der Subalternen: »Mag der gegenwärtige Staat dem Subalternen das Gehalt noch so sehr erhöhen, er kann ihn doch sozial niemals dem Oberbeamten gleichstellen; und dieser Mangel wird für den Subalternen stets Grund genug sein, sich unzufrieden zu fühlen, desto unzufriedener, je besser es ihm sonst geht.«

Man wird diesen Auslassungen seine Zustimmung keineswegs versagen können und nur wünschen, dass auch für die oberen Beamten sich die gegenwärtigen Verhältnisse nach der einen oder andern Seite hin bald ändern mögen. Allein, was in dem Artikel von dem Leben der unteren Beamtenklassen und ganz besonders dem der Lehrer gesagt wird, ist so diskutierbar und unter der gegenwärtigen Sachlage für uns so gefährlich, dass man darüber nicht mit Stillschweigen hinweggehen kann. Ist mit der Erhöhung der Gehälter der oberen Beamten unbestreitbar ein Nutzen verbunden, »so wirkt«, nach der Meinung des Herrn Seger, »die Aufbesserung der Gehälter der unteren Beamtenkategorien **verderblich**.« Dieser merkwürdige Satz wird nun an dem Verhalten der einzelnen Arten der Subalternbeamten zur Klassenbewegung nachgewiesen. »Wenn man in dieser Beziehung auf das Leben der Genannten und der zu ihnen zu rechnenden Klasse achtet,« heißt es in dem Artikel, »wird man bald einen Unterschied machen können. Einige, nehmen wir als Typus den Schulmeister, scheinen in der Geschichte einer Familie nur Durchgangsstadien zu sein, aus denen der Aufstieg in eine höhere Klasse erfolgt; bei andern, nehmen wir als Typus den Subalternbeamten bei Gericht und Verwaltung, zeigt sich das Bestreben, die Kinder nur wieder in die Position des Vaters zu bringen. Allgemein kann man wohl sagen, dass es nicht die besser situierten Subalternbeamten sind, bei denen der Drang nach aufsteigender Klassenbewegung vorhanden ist, sondern die schlechter situierten.«

Ob diese Behauptung wahr sein mag? Niemand wird hierauf eine befriedigende Antwort geben können; denn noch fehlt darüber alles statistische Material. In einigen Fällen, vielleicht in einer ganzen Anzahl, mag das Behauptete zutreffen

haben. Möglicherweise ist aber das, was man für objektive Beobachtung ausgiebt, auch nur ein subjektiver Eindruck, nicht anders als die bekannte Bauernregel, dass bei zunehmendem Monde beständiges, bei abnehmendem unbeständiges Wetter überwiegt. Will man etwas verallgemeinern, geht es nicht ohne umfassendes und zuverlässiges Beobachtungsmaterial, und das fehlt hier vollständig. Aber angenommen, der aufgestellte Satz von der Klassenbewegung wäre richtig, so folgt daraus immer noch nicht, dass die Ursachen der in Rede stehenden Erscheinung in den Einkommensverhältnissen der betreffenden Beamtenkategorien liegen. Doch der Verfasser sucht das plausibel zu machen, indem er zwei Lebensgänge als typisch zeichnet.

Nummer eins: »Der junge Mann erhält, während er die Dorfschule besucht, Nachhilfsstunden beim Kantor oder Pastor, dann kommt er auf das Seminar, wird mit etwa 19 Jahren Lehrer auf dem Dorfe mit vielleicht 150 Thalern Gehalt und ist nunmehr ein beehrter Heiratskandidat für die Bauerntöchter, die natürlich lieber einen Lehrer nehmen, bei dem sie nur die Hausarbeit zu thun haben und wo vielleicht höchstens noch eine Kuh zu besorgen ist, als einen Bauern, bei dem ein großer Teil der Wirtschaftsarbeit auf sie fällt. Unter diesen Verhältnissen kann der Mann nach seinen Umständen glänzende Parteen machen, die ihm jedenfalls ermöglichen, seine Söhne studieren zu lassen. Mit der Zeit kommt er vielleicht zu 500 Thalern Gehalt, was für ihn außerordentlich reichlich ist bei seinen einfachen Lebensgewohnheiten.«

Nummer zwei: »Ebenso typisch ist folgender Lebensgang: Ein junger Mann dient sich bis zum Unteroffizier durch; als solcher verlobt er sich mit einem Dienstmädchen; wenn er Glück hat und intelligent ist, so erhält er auf seinen Zivil-Versorgungsschein gleich eine Stellung in irgend einem Bureau mit, sage 400 Thalern. Daraufhin heiratet er. Da die beiden keinerlei Vermögen haben, schaffen sie sich die standesgemäße Einrichtung erst im Laufe der Jahre an, was ein Sparen natürlich unmöglich macht. Die Söhne besuchen das Gymnasium; wenn sie den Einjährigenschein haben, hat er vielleicht ein Einkommen von 1000 Thalern, aber keinerlei Vermögen. Er kann den Sohn einjährig dienen lassen und ihn in seine eigene Carrière bringen, aber an ein Studieren ist nicht zu denken. Natürlich steht sich unser zweiter Mann von vornherein dadurch schlechter, dass seine Frau kein Vermögen hat, und dass in dem ersten Jahrzehnt der Ehe, wo sonst am meisten gespart wird und wo das Sparen die größte Wichtigkeit hat, die nötigen Wirtschaftssachen angeschafft werden müssen. Aber schließlich hat er doch ein weit höheres Gehalt wie die Lehrer! So paradox das klingt, **das hohe Gehalt ist ihm für diese Zwecke eben schädlich wie nützlich.** Trotzdem das Ehepaar aus den bescheidensten Verhältnissen stammt, erhält es doch durch das hohe Gehalt die Vorstellung besonderer Standesrücksichten, und dann ist ja natürlich jene Schraube ohne Ende begonnen. Dass die Gehaltserhöhungen, welche diesen Beamten zu Teil werden, einen sozialen Wert haben, wird man demnach verneinen müssen, vielmehr schaden sie direkt dadurch, dass auch solche Kategorien dieser Beamten, die bis dahin noch bescheiden und mit dem Wunsche, ihre Kinder vorwärts zu bringen, lebten, in diesen Strudel des »Standesgemäßen« hineingezogen werden. **Zur Zeit ist der Stand der Schulmeister in der geschilderten Umwandlung begriffen.** Jener alte Typus, der oben gezeichnet wurde, verschwindet immer mehr.«

Was soll man zu diesen Schilderungen sagen? Stellen wir zunächst einmal fest, dass dieser Lehrerlebenslauf, besonders was Vorbildung und Alter der Erstanstellung anlangt, gänzlich einer weit zurückliegenden Vergangenheit angehört und darum gar nicht nur als »immer mehr verschwindender Typus« bezeichnet werden kann. Er ist verschwunden. Nun macht aber die ganze Art der Darstellung der beiden Lebensgänge durchaus den Eindruck, als habe man es mit Erscheinungen zu thun, die gegenwärtig in vollster Blüte stehen, und das führt jeden, der von dem Leben eines Lehrers nur eine oberflächliche

Vorstellung hat — und wieviel sind das! — zu dem logisch völlig richtigen Schluss: Wenn die gute Besoldung der Subalternbeamten solche schlechte Früchte bringt und das dürftige Gehalt der Lehrer sozial so vorteilhaft wirkt, dann wäre es doch ein Verbrechen, die Lehrgelöhler aufzubessern. Manchmal liegt in einem Paradoxon allerdings eine tiefe Wahrheit. Aber in unserm Falle vermögen wir nicht daran zu glauben. Lehrer wie Subalternbeamte stammen nach Herrn Seger aus »einfachen« und »bescheidensten« Verhältnissen. Erstere heiraten ein Vermögen und lassen die Söhne studieren, letztere haben ein gutes Gehalt und wenden an ihre Kinder weniger, weil sie mehr für sich verbrauchen. Wie kommt es denn nun, dass 1000 Thaler Einkommen beim Lehrer anders wirken, als 1000 Thaler beim Subalternbeamten? Liegt es etwa an der Geldquelle? Ferner: Wenn der Lehrer nicht in den Strudel des »Standesgemäßen« gerät, so lange sein Jahreseinkommen sich aus Gehalt und Zinsen zusammensetzt, wird er da dem gefürchteten Moloch anheimfallen, sobald ganz dasselbe Einkommen sich nur als Besoldung darstellt? Unglaublich. Aber anders ist doch der Satz nicht zu verstehen: »Zur Zeit ist der Stand der Schulmeister in der geschilderten Umwandlung begriffen,« nämlich: dass er es macht wie die Subalternbeamten und nicht in der Klassenbewegung aufwärts schreitet. Mit erheiratetem Vermögen ist es aber auch meistens ganz anders, als der Verfasser andeutet. Ein Bauernmädchen, das mit viel Geld einen armen Lehrer nimmt, weil sie bei ihm weniger Arbeit hat, wird bei so realer Gesinnung an einem Aufwande von jährlich nur 150 Thalern für den Lebensunterhalt, auch keinen besonderen Gefallen finden, im Gegenteil auf ihr Geld pochen und damit auch in der Lebensführung prahlen. Wie groß müsste denn aber ihr Vermögen sein, wenn nach Abzug des Zuschusses zu einer »standesgemäßen« Haushaltung noch soviel übrig bliebe, dass die Söhne studieren können? Nein, wenn es wahr ist, dass der Subalternbeamte durch zu bedeutendes Einkommen zu einer übertrieben hohen Lebensführung gelangt, geschieht es erst recht beim Lehrer, der ein Bauernmädchen mit soviel Vermögen heiratet, dass Zinsen und Gehalt die Höhe der Besoldung der Subalternen erreichen, oder wenn es ja anders kommt, hat das seine besonderen Gründe, die aber der Verfasser des Artikels nicht anführt.

Noch auf einen zweiten Schaden, der durch die Erhöhung der Gehälter der unteren Beamtenklassen entsteht, glaubt Herr Seger hinweisen zu müssen. Er sagt ganz speziell von den Lehrern: »In dem Maße, wie die Gehälter dieser Leute erhöht werden, steigt natürlich der Andrang zu den Stellen. Bis jetzt hat sich kein anderes Mittel finden lassen, diesen Andrang zu vermindern, wie die Erhöhung der Ansprüche in der Vorbildung. Nun ist es ja offenbar doch nicht nötig, dass ein Mensch, welcher den Kindern Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen soll, über eine Bildung verfügt, welche über diese Aufgabe weit hinausgeht; im Gegenteil, man wird annehmen können, dass diese sehr schwere und mühevollen Arbeit von einem derartigen Menschen nur schlechter verrichtet wird. Wenn er eine Bildung erlangt hat, die über das mechanische Aufnehmen fremder Gedankenstoffe hinausgeht, so wird er derartige mechanische Arbeit mit äußerstem Widerwillen verrichten. Schon heute hören wir überall Klagen über Unvernünftigkeit und Arroganz der Lehrer, die weit über das hinausgehen, was man als das unvermeidliche Besserwissen der Subalternen schon mit in Kauf nehmen muss; das sind die einfachen Folgen jener thörichten, mechanischen Anschauung, dass durch bessere Vorbildung und höheres Einkommen der Stand gehoben werde. Und gerade bei den Lehrern sind die Grundzüge der Vorbildung noch dieselben geblieben bis jetzt, nur die Examenansprüche sind erhöht. Bessere Vorbildung ist immer kostspieligere Vorbildung. Die Tendenz hier ist also genau dieselbe wie bei den höheren Beamten mit ihren niedrigen Gehältern: die Ärmeren werden abgehalten in einem Aufstieg in eine höhere Klasse.«

In einer Schulzeitung ist es überflüssig, diese Weisheitsaussprüche über Vorbildung und Thätigkeit eines Lehrers ge-

nauer zu beleuchten. Sie richten sich für uns von selbst. Nur darauf soll hingewiesen werden, dass man die Anforderungen in der Vorbildung der Lehrer nicht erhöht hat, um dem großen Andrang zum Lehrerberufe zu begegnen. Vielmehr befördert die Regierung mit aller Macht den Zugang zu diesem Stande. Die Erhöhung der Lehrergehälter steigert darum nicht die Bildungsanforderungen, macht die Vorbereitungszeit teurer und hindert die unteren Bevölkerungsklassen am Aufsteigen, sondern umgekehrt: Die zur vollkommenen Ausübung des Berufes nötig gewordene bessere Vorbildung bringt die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung der Lehrer mit sich. Die ist aber nicht so bedeutend und wird es auch niemals sein, dass eine neue Blutzufuhr von unten ausbliebe. Der Zusammenhang der Lehrer mit dem Volke wird immer so gewahrt bleiben, wie der Zusammenhang der Geistlichen mit ihren Gemeindegliedern.

Wir sind am Ende, und der geneigte Leser wird sagen: »Warum denn so viel Aufhebens von der Sache? über so etwas geht man einfach zur Tagesordnung.« Ganz Recht; für uns ist damit nichts bewiesen worden. Wir kennen unsern Stand und unsere Thätigkeit und lassen uns durch solch anfechtbares Beobachtungsmaterial, noch weniger aber durch solch willkürliche Schlussfolgerungen, wie es Herrn Seger beliebt, täpiieren. Nein, um unserer Erkenntnis der Wahrheit willen konnten wir die ganze Angelegenheit gleichmütig auf sich beruhen lassen. Aber der Artikel ist eben nicht geschrieben, um uns das Verwerfliche des Rufes nach Aufbesserung der Gehälter vor Augen zu führen. Solch leeres Stroh drischt kein vernünftiger Mensch. Der Aufsatz erschien in der »Gegenwart«, einer Wochenschrift, die in allen gebildeten Kreisen einen guten Klang hat, weil man sich auf die Kenntnis und Urteilsfähigkeit ihrer Mitarbeiter verlassen kann. Auch über Lehrer und Schule ist darin schon recht Bedeutungsvolles und Treffendes geschrieben worden. Für die Kreise, die Bildung und Besitz repräsentieren, war der Artikel bestimmt. Dort sollte er Stimmung machen einestheils für eine Gehaltserhöhung der Oberbeamten, andernteils gegen jede Aufbesserung der Subalternen. Und dieses Stimmungmachen wird er gut erreichen; denn er hält sich fern von allem schon tausendmal Gesagten, giebt sich geistreich und sozialpolitisch, kurz, wirkt mehr durch ein dunkles Gefühl, das sein Überlesen hinterlässt — und anders macht man sich gewöhnlich mit dem Inhalt einer Zeitschrift nicht bekannt — als durch die zwingende Logik seiner Beweisführung, die vielmehr, wie wir gesehen haben, an vielen Stellen recht fadenscheinig ist. Denken wir uns bei dieser Lektüre nun die Tausende, welche die »Gegenwart« zu lesen gewöhnt sind. Es werden viele unter ihnen sein, die Gelegenheit haben, auf die Entwicklung der Lehrerbildung Einfluss auszuüben, ohne dass sie von Berufswegen nötig hätten, sich wirklich eingehend mit Schul- und Lehrerverhältnissen zu beschäftigen. Die Unkenntnis auf diesem Gebiet ist ja bei sehr vielen und in ihrem speziellen Fache auch tüchtigen Männern oft sehr groß, ohne dass dadurch ihre Teilnahme an der Schulverwaltung in irgend einer Weise eine Einbuße erlitte. Man braucht nur in öffentliche Volksversammlungen zu gehen oder sich Programmreden von Abgeordneten kandidaten anzuhören: über Schule und Lehrer wird immer sehr oberflächlich gesprochen. Da thuns einige alte Schlagworte und Redensarten. Manche Schulvorsteher und Schuldeputationsmitglieder haben ebenfalls kein feineres Handwerkszeug, wenn sie am Schulwagen zimmern. Alle solche Männer wird der besprochene Artikel in einem für uns Lehrer ungünstigen Sinne beeinflussen, und das umsomehr, je geringer das Wohlwollen ist, das man uns gegenüber hegt. Aus diesem Grunde thut es not, dass die Lehrerschaft alles beachtet, was bei den Parlamentsverhandlungen über ein Besoldungsgesetz hindernd in den Weg treten könnte. Für alle Fälle aber ist es gut, wenn die Lehrer wissen, mit welchen Waffen gegen sie gekämpft wird, da lässt sich dann eine Abwehr zweckmäßiger und erfolgreicher durchführen.

Otto Fiedler.

## Die Wirkungen des Besoldungsgesetzes für die Stadt Breslau.

In den Nummern 53 und 55 der »Breslauer Morgenzeitung« werden nach der der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Begründung des für die Zeit vom 1. April 1896 bis 31. März 1897 festgestellten Stadthaushalts-Etats die der Stadt Breslau erwachsenden Mehrleistungen auf Grund des neuen Lehrerbildungsgesetzes mit 475,000 *M* angegeben. Das ist zweifellos ein Irrtum. Nach den bis jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen würde Breslau für das Jahr 1896/97 236,700 *M* erhalten. Nach dem Entwurf des Besoldungsgesetzes werden die Staatszuschüsse aber nur für 25 Stellen für jede politische Gemeinde gewährt, und zwar für so viele erste Lehrerstellen, andere Lehrerstellen und Lehrerinnenstellen, als dem Verhältnis der Gesamtzahl dieser Stellen untereinander entspricht. Wenn das diesjährige Verhältnis der verschiedenen Stellen zu Grunde gelegt wird, — das nächstjährige wird sich kaum anders gestalten, — so erhält Breslau den Staatsbeitrag für 4 erste, 15 andere Lehrerstellen und 6 Lehrerinnenstellen, also  $4 \times 500 + 15 \times 300 + 6 \times 150 = 7400$  *M*. Außerdem — und das ist vollständig außer acht gelassen worden — erhält die Stadt für die oben erwähnten 25 Stellen den an die Alterszulagekasse des Bezirks zu zahlenden Staatszuschuss von 267 bzw. 130 *M*, also  $19 \times 267 + 6 \times 130 = 5853$  *M*, im ganzen 13 253 *M*. Der Minderbetrag für das nächste Etatsjahr würde sich demnach auf 223 447 *M* belaufen.

Es sollen aber auch ca. 7% der Staats-Einkommensteuer oder über 9% der Realsteuern, gleich 210 000 *M*, zur Deckung der neuen Zuschüsse an die ländlichen Schulen zu den dort zu gewährenden Dienstalterszulagen von der Stadt Breslau aufgebracht werden. Auf welcher Grundlage man die Summe von 210 000 *M* herausgerechnet hat, ist nicht ersichtlich; doch ist anzunehmen, dass man bei dieser Berechnung die bei den Ruhegehaltskassen obwaltenden Verhältnisse in Betracht gezogen hat. Dies wäre aber ein grober Irrtum. Denn die zu bildenden Alterszulagekassen haben einen ganz anderen Zweck und demgemäß eine ganz andere Einrichtung als die schon bestehenden Ruhegehaltskassen. Während durch diese in der That ein nicht unbeträchtlicher Teil der auf das platte Land entfallenden Summen zu den Ruhegehältern der Volksschullehrer auf die größeren Kommunen abgewälzt wird — diese Verschiebung der Leistungen wird durch die Nichtanrechnung von 800 *M* von dem Einkommen jeder Lehrerstelle bewirkt — verfolgen die Alterszulagekassen das Ziel, die den Gemeinden aus den nunmehr gesetzlichen Alterszulagen entstehenden Leistungen für die kleineren und leistungsschwachen Schulverbände »ihres schwankenden Charakters zu entkleiden«. Ihrer ganzen Gestaltung nach sind die Kassen eine Art Versicherungsanstalten, die unter Umständen gar nicht in Betracht kommen. Die größeren Städte sind überhaupt wenig dabei interessiert, da sie grössere Schwankungen in ihren Etats wegen höheren Alters einer verhältnismäßig großen Zahl von Lehrpersonen nicht zu befürchten haben. Für die kleineren Orte dagegen ist dies der einzige Weg, ihren Lehrern eine Altersskala zu geben und trotzdem nur feste Beträge für jede Stelle zu verausgaben. Es lässt sich vorderhand auch nur annähernd gar nicht feststellen, ob Breslau durch die Alterszulagekassen benachteiligt sein wird, bzw. welche Höhe etwa die Mehrleistungen erreichen könnten. Jedenfalls werden die sich nach Aufstellung des Verteilungsplans ergebenden Summen für Breslau gar nicht in die Wagschale fallen.

Eine Benachteiligung der Stadt würde nur dann eintreten, wenn zufällig die im Regierungsbezirk Breslau amtierenden Volksschullehrer durchschnittlich ein höheres Dienstalter hätten als die Volksschullehrer der Stadt Breslau. Dass dies jedoch nicht anzunehmen ist, ergibt sich aus einer Vergleichung der Altersverhältnisse der Breslauer Lehrer mit denen des ganzen Staates. Es zeigt sich dabei, dass die Altersverhältnisse fast dieselben sind.

Die durch das Besoldungsgesetz der Stadt Breslau erwachsenden Mehrleistungen belaufen sich also nicht, wie angegeben, auf 475 000 *M.*, sondern auf etwa 223 000 *M.*, zu denen vielleicht eine nicht ins Gewicht fallende Mehrleistung bei den Beiträgen zur Alterszulagekasse hinzukommt.

Auf einen Punkt möchten wir noch hinweisen. Das Besoldungsgesetz macht auch eine Neugestaltung der Besoldungsverhältnisse der Breslauer Volksschullehrer zur Notwendigkeit. Wenn in der oben kritisierten Berechnung der Mehrleistungen der Stadt etwa darauf Bezug genommen sein sollte, wenn also der außer den oben erwähnten 223 000 *M.* auf etwa 250 000 *M.* herausgerechnete Mehrbetrag zur Aufbesserung der Gehälter der hiesigen und nicht der ländlichen Volksschullehrer Verwendung finden sollte, so dürfen wir wohl getrost im Namen der Breslauer Volksschullehrer unser Einverständnis hiermit bekunden.

### Benutzung und Unterhaltung der Dienstwohnung nach dem neuen Besoldungsgesetz.

§ 13 des Entwurfs enthält die Bestimmungen über Benutzung und Unterhaltung der Dienstwohnung.

Hierzu bemerken die Motive:

Zu vergleichen Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten vom 26. Juli 1880 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung, S. 264).

Da dieses Regulativ nicht jedem Kollegen zur Hand ist, dürfte ein Auszug daraus gegenwärtig nicht unerwünscht sein. Wir geben daher § 14 des Regulativs, der von der Unterhaltungspflicht des Wohnungsinhabers bezüglich der kleinen Reparaturen handelt, wörtlich wieder:

#### § 14.

Dem Wohnungsinhaber liegen — außer der Fürsorge für die Reinigung und Lüftung — die nachstehenden Leistungen ob:

a) die Erhaltung der Verglasung in den Fenstern, Glashüren, Glaswänden und Oberlichtern, letztere soweit sie nicht als ein Teil des Daches anzusehen sind;

b) das Fegen der Schornsteine nebst der Reinigung der Heizkörper und ihrer Feuerzüge von Russ, Asche und Schlacken;

c) die Unterhaltung der Öfen, Kochherde, Bratöfen, Kesselfeuerungen, Koch- und Backapparate bezüglich der durch den fortgesetzten Gebrauch nötig gewordenen Reparaturen, jedoch unter Ausschluss ihrer Erneuerung und ihres Umsetzens;

d) die Unterhaltung der Beschläge und Schösser an Thüren und Fenstern, sofern das Bedürfnis nur einzelne Teile derselben betrifft und nicht eine Erneuerung des Gesamtbeschlages oder des ganzen Schlosses erforderlich ist, ingleichen die Unterhaltung vorhandener Glockenzüge oder ähnlicher Vorrichtungen zum Herbeirufen des Gesindes;

e) der Anstrich der inneren Thüren und Fenster, der Paneele, hölzernen Vorschläge und Wandschränke, soweit einzelne durch den Gebrauch abgenutzte Stellen der Wiederherstellung der Farbendecke erfordern und das Bedürfnis eines neuen Anstrichs nicht anzuerkennen ist;

f) das Bohren und Frottieren der Dielen und Fußleisten in den durch den Gebrauch und das Erhaltungsbedürfnis bedingten Fristen, sowie kleine Reparaturen des Anstrichs der Fußbodendielen;

g) die Unterhaltung der inneren Wände und der Decken in betreff ihrer Tünche, Färbung und Malerei oder Tapezierung, das hierbei etwa erforderliche Abreiben des Abputzes sowie die Beseitigung unwesentlicher Verletzungen des Putzes und das Abreiben unrein gewordener Tapetenwände und Decken, insofern es sich nicht um eine Erneuerung der Gesamtfächen handelt;

h) die Unterhaltung derjenigen Teile der Wasser- und Gasleitungen, welche mit dem Gebäude nicht in fester Verbindung stehen, sowie die Beschaffung und Unterhaltung der zu diesen Anlagen etwa erforderlichen, unter den Begriff der Mobilien fallenden Gegenstände, wie z. B. der nicht befestigten Wannen, Gartenspritzen, Schläuche, Kronleuchter, tragbaren Lampen und dergleichen, ferner die Aufwendung der Kosten für den Verbrauch des durch die Leitungen zugeführten Wassers und Gases und die Vorkehrungen zum Schutze der Leitungen gegen das Einfrieren;

i) die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Falle von Beschädigungen, welche durch Mutwillen oder Fahrlässigkeit des Inhabers, seiner Angehörigen und seines Gesindes veranlasst sind;

k) die Übernahme solcher Abgaben und Lasten, welche der Mieter gesetzlich oder ortsüblich zu den Kommunalbedürfnissen zu leisten hat, sowie:

die Übernahme der Einquartierungslast, wenn dieselbe durch die Gemeindebehörden beziehentlich durch Ortsstatut auf die Wohnungsinhaber lediglich nach Maßgabe des entbehrlichen Raumes verteilt ist, mag dieselbe in natura oder in Geld zu leisten sein;

l) die Anschaffung und Unterhaltung von Gegenständen des Luxus, der Neigung oder Bequemlichkeit, sowie der Pflanzungen und der Verbesserungen, welche der Inhaber in dem mit der Dienstwohnung etwa verbundenen Garten oder Ackerlande bewirkt hat, dergestalt, dass der Inhaber hierfür weder eine Entschädigung aus der Staatskasse noch auch die Übernahme jener Gegenstände oder Anlagen seitens des Dienstauchfolgers verlangen darf;

m) die Unterhaltung der zur Dienstwohnung gehörigen Gärten, soweit nicht besondere Festsetzungen getroffen sind.

Bei einem gemeinsamen Gebrauch von Räumen und Anlagen zu mehreren Dienstwohnungen werden die den Wohnungsinhaber treffenden Kosten nach Bestimmung der Aufsichtsbehörde anteilig von jedem Inhaber getragen.

Der folgende Paragraph 15 des Regulativs zählt einzeln auf, was der Staat — im vorliegenden Falle würden an dessen Stelle die Schulunterhaltungspflichtigen treten — zur Unterhaltung der Dienstwohnung zu leisten hat. Wir können uns auf die Wiedergabe des ersten Satzes beschränken:

»Soweit die Kosten der Unterhaltung der Dienstwohnungen nicht dem Inhaber auferlegt sind, fallen dieselben der Staatskasse zur Last.«

Von Wichtigkeit ist noch § 16, der bei gemeinsamer Benutzung von Gebäuden zu Dienstwohnungen und Geschäftsräumen — im vorliegenden Falle also Lehrerwohnungen und Schulzimmer — folgendes bestimmt:

1. In den zu beiden Zwecken gemeinschaftlich benutzten Räumen, wie Fluren, Korridoren, Treppen u. s. w. trägt der Staat auch die dem Wohnungsinhaber obliegenden Leistungen;

2. zu den im § 14b bezeichneten Kosten leistet der Wohnungsinhaber einen von der Aufsichtsbehörde festzusetzenden angemessenen Beitrag;

3. von den im § 14k bezeichneten Kommunal-Abgaben und Lasten trägt der Staat für die Geschäftsräume, soweit an sich keine Befreiung desselben begründet ist, einen angemessenen Anteil.

### Die Krankenkasse des Deutschen Lehrervereins.

Die Wünsche, welche Herr Kollege Feilhauer-Görlitz bezüglich der Krankenkasse des Deutschen Lehrervereins in No. 52 der »Schles. Schulzeitung« veröffentlichte, nötigen mich noch zu einigen Ausführungen:

Kollege Feilhauer will die Mitgliedschaft nur ausgedehnt wissen auf Mann und Frau, nicht aber auch auf die Kinder. Gründe werden nicht angegeben, können wohl auch höchstens in der Rücksichtnahme auf den Geldpunkt (also auf die Kasse selbst) gefunden werden; denn die Notwendigkeit, die Krankenversicherung auch auf die Kinder auszudehnen, wird füglich niemand bezweifeln können. Diese Notwendigkeit ist entschieden viel größer, als diejenige zur Ausführung des von Herrn Feilhauer gemachten Vorschlages, dass neben Gewährung des Unkostenersatzes für Arzt, Medizin und Kurmittel bei Zahlung eines besonderen Versicherungssatzes noch ein tägliches Krankengeld gezahlt werde. Ich halte die Verwirklichung dieses Vorschlages für ungemein schwierig, wenn nicht überhaupt für unausführbar. Es wäre dann für jeden Ort eine Vertrauensperson notwendig, welche stets die Zahl der Krankheitstage des erkrankten Mitgliedes festzustellen hätte. Natürlicherweise könnte diese Vertrauensperson nur ein Kollege sein. Wie soll nun bei einer Erkrankung des alleinigen Lehrers eines Ortes eine Kontrolle ausgeübt werden? Es müsste zu dem Zweck der Nachbarkollegen mindestens über den andern Tag sich persönlich von dem Stadium der Krankheit überzeugen. Wer entschädigt ihn dafür? Und wenn das der Fall ist, wird er den Aufpasser und Angeber spielen wollen? Werden ihm nicht Ärger und Zerwürfnisse aller Art aus diesem Ehrenamte erwachsen und werden nicht mancherlei Rücksichten ihn zwingen, in gewissen Fällen sozusagen »ein Auge zuzudrücken«? Amtliche Organe für die Kontrolle in Anspruch zu nehmen, ist nicht angängig und der Arzt vermag in den meisten Fällen gleichfalls nicht die Dauer der Krankheit zu bescheinigen, zumal wenn er weit nach der betreffenden Landstelle zu fahren hat und nur in längeren Zwischenräumen kommt. Sobald nur die Kosten für Arzt, Apotheker und andere Kurmittel zurückerstattet werden, ist eine persönliche Aufsicht nur in außerordentlichen Fällen notwendig, da die eingesandten Rechnungen die erforderliche sachliche Kontrolle ermöglichen. Bezüglich der Ausführbarkeit des in Rede stehenden Vorschlages auf die Ortskrankenkassen verweisen zu wollen, wäre verfehlt, denn hier beschränkten sich die Mitglieder nur auf einen Ort und die Aufsicht ist daher ohne weiteres und leicht durch dazu bestellte Beamte zu bewerkstelligen. Will man aber einen Versuch über die Ausführbarkeit des Feilhauerschen Vorschlages machen, so wird man den besonderen Beitrag hierfür nicht auf 4 *M.* — wie der genannte Herr Kollege empfiehlt — sondern auf mindestens 8–10 *M.* festsetzen müssen, sofern ein wöchentliches Krankengeld von 7,50 *M.* gezahlt werden soll.

Auch im übrigen hat Herr Feilhauer die Leistungen der Mitglieder zu niedrig angesetzt. Er fordert die Erhebung eines Eintrittsgeldes von nur 1 *M.* pro Mitglied. Es ist aber zu beachten, dass der Reservefond sich im wesentlichen nur aus diesen Geldern zusammen-

setzen wird, denn auf etwaige Vermächtnisse ist nicht zu rechnen und Überschüsse aus den Mitgliederbeiträgen dürften nur in den seltensten Fällen erzielt werden. Es ist aber von großer Wichtigkeit, dass von Anfang an ein bedeutender Reservefond vorhanden ist, damit seine Zinsen die Verwaltungskosten nahezu decken und somit die Mitgliederbeiträge beinahe voll zur Verteilung gelangen können. Mit Rücksicht hierauf ist das von mir in Vorschlag gebrachte Eintrittsgeld von 2  $\mathcal{M}$  für den Einzelnen und von 3  $\mathcal{M}$  für die Familie wahrlich nicht zu hoch. Für den Einzelnen will ein einmaliger Mehrbetrag von 1–2  $\mathcal{M}$  nichts besagen, für die Kasse aber fällt die hierdurch sich ergebende Gesamtsumme ganz erheblich ins Gewicht. Natürlich dürfen nur die im Gründungsjahre und dann ferner die während ihres ersten Dienstjahres der Kasse beitretenden Kollegen den Vorteil eines so niedrigen Eintrittsgeldes (von 2 bzw. 3  $\mathcal{M}$ ) genießen. Alle später Beitretenden müssen ein bedeutend höheres Eintrittsgeld entrichten, als es Herr Feilhauer in seiner Skala angegeben hat (vielleicht von 4  $\mathcal{M}$  für 20–25jährige Lehrer bis 30  $\mathcal{M}$  für 50jährige). Eine Altersgrenze für den Beitritt sollte nur für diejenigen festgesetzt werden, welche nicht schon im Gründungsjahre die Mitgliedschaft erwerben. Nebenbei bemerken will ich an dieser Stelle, dass ich die Forderung eines Gesundheitsattestes zum Zweck der Aufnahme in die Kasse für eine unnötige Belästigung halte, höchstens berechtigt bei Kollegen, die über 40 Jahr alt sind und nicht bereits bei der Gründung ihren Eintritt bewirkten.

Als Mitgliedsbeitrag empfiehlt Herr Feilhauer für das einzelne Mitglied jährlich 8  $\mathcal{M}$ . Dieser Beitrag wäre selbst dann zu gering, wenn die Mitglieder auf eine Stadt beschränkt blieben; alle bestehenden Ortskrankenkassen lehnen das. Aber bei der vom Deutschen Lehrerverein geplanten Krankenkasse ist inbetracht zu ziehen, dass zu deren Mitgliedern Tausende gehören werden, welche in Orten amtieren, die weder Arzt noch Apotheke besitzen und dass dann bei eintretender Krankheit eines solchen Mitgliedes die Kosten für beide ganz bedeutende sind. Beträge von 10–12  $\mathcal{M}$  für einen Arztbesuch auf dem Lande sind etwas ganz Gewöhnliches. Ein Beitrag von 12  $\mathcal{M}$  für das Einzelmitglied und von 18  $\mathcal{M}$  für die Familie oder (wenn man das Verhältnis dieser beiden Sätze zu einander nicht für gerecht erachten sollte) von 10  $\mathcal{M}$  und 20  $\mathcal{M}$  erscheinen mir als durchaus angemessen und werden, wie ich dies bereits früher ausgeführt habe, annähernd die Kosten decken. Mit den sonstigen Vorschlägen des Kollegen Feilhauer kann ich mich um so eher einverstanden erklären, als sie lediglich meinen früheren Ausführungen entnommen sind.

G. Mantel.

## Wochenschau.

Zwischen 20 bis 30 Zeitungen sitzend, die sämtlich von dem neuen Besoldungsentwurf handeln, müssen wir uns mit unserer ziemlich abgehärteten Feder einen geraden Weg bahnen. Aus den Spalten hervor schießt und kracht es, wie immer, wenn wieder einmal nach gewissen Zeitabständen eine schulgeseztliche Vorlage an das politische Tageslicht gekommen ist. Recht glücklich dabei fühlt sich eigentlich keiner, weder die näher noch die ferner Beteiligten, und der öffentliche Unmut wird sich naturgemäß wieder in dicken Wolken auf die meistbetroffenen Lehrer abwälzen.

Greifen wir zu den wichtigsten Zeugnisstücken; das sind diesmal die parlamentarischen Berichte über die erste Lesung am 30. und 31. Januar. Lange sind wir mit uns zurate gegangen, welche Reden etwa in längerem Umfange zu bringen wären, der Nachwelt zum Gedächtnis an das denkwürdige Jahr 1896. Der Raum dafür hätte schon verschafft werden müssen; wir sind aber der Meinung, dass es bei dem ziemlich ebenen Verlauf der Debatten und in Ermangelung hervorragender Programmreden nur einer summarisch charakterisierenden Übersicht bedarf. Der Herr Kultusminister erklärte von vornherein, es nicht nötig zu haben, die Motive der Vorlage nochmals darzulegen, konnte aber der Empfindung nicht widerstreben, dass es unnatürlich wäre, wenn er diesem Entwurf, »der Frucht langjähriger Arbeit«, nicht ein Wort der Empfehlung mit auf den Weg gäbe. Er würde sich freuen, wenn dieses »Kind seines Herzens freundlich aufgenommen würde.« Hierauf legte er dar, dass die jetzige Regierung die Zeit noch nicht für gekommen hält, durch Vorlage eines ganzen Unterrichtsgesetzes so schwere Kämpfe von neuem zu entfesseln, wie sie das letzte Gesetz zur Folge gehabt hat. Einen besonderen Dank spricht er dem Finanzminister aus, durch dessen Entgegenkommen die jetzige Vorlage als gangbarer Weg

ermöglicht worden sei, erklärt auch, in dieser Sache solidarisch mit ihm zu stehen und gemeinsam die Vorlage vertreten zu wollen. Der Schwerpunkt liege nicht in dem Grundgehalt, sondern in den Dienstaltersstufen. Auch hierbei habe man nicht gleich »in die Wolken fliegen können«, sondern sich Beschränkungen auferlegen müssen. Mit großer Entschiedenheit sucht der Minister den Punkt zu entkräften, der den lebhaftesten Kampf hervorrufen wird, nämlich die Herabminderung der staatlichen Zuschüsse für die großen Städte. Diesen Passus können wir nicht umbin, wörtlich zu bringen.

»Die großen Städte werden einsehen und müssen einsehen — ich habe zu ihrer Opferfreudigkeit das Vertrauen — dass sie bisher fälschlich und ungerechtfertigter Weise, wenn man mit den Grundsätzen der Verfassung Ernst macht, Leistungen bezogen, die ihnen nicht zukommen. Wenn das in der Not der Zeit geschehen ist, warum soll man diese Dinge nicht wieder in Ordnung bringen. (Beifall rechts.) Die Schulpflicht soll verteilt werden nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit. Von den Schulaufwendungen kommen 75 Millionen auf die Städte, 95 Millionen auf das Land. (Hört, hört! rechts.) In den Städten macht dies 98 pCt. der Einkommensteuer, auf dem Lande 320 pCt. aus. Das ist doch ein Beweis, dass die großen Städte bisher nicht das geleistet haben, was sie dem Grundsatz der Verfassung entsprechend hätten leisten müssen. Wir wollen den Städten nicht zuviel auferlegen, aber alle Vorteile können wir ihnen nicht lassen. Wir haben seinerzeit die Grund- und Gebäudesteuer aufgehoben behufs Erleichterung und anderweiter Regelung der öffentlichen Lasten. Dazu gehört in erster Linie die Schullast. Wir haben die Steuerreform nicht damit belasten wollen, dass wir die ganze Regelung der Schullast mit in das Kommunalabgabengesetz hineinbrachten. Das konnten wir jetzt auch nicht thun. Die Leistungsfähigkeit der großen Städte ist jetzt noch viel größer, als sie es jemals vorher gewesen ist, und deshalb treten die Missstände in dem Verhältnis zwischen Stadt und Land deutlich hervor. Wenn jemand sagt, die Landgemeinden sollen aus den überwiesenen Realsteuern die Schullasten tragen, so beweist er nur, dass er von den ländlichen Verhältnissen keine Ahnung hat. In Pommern z. B. giebt es Landgemeinden, die bis zu 1000 pCt. der Einkommensteuer für die Schule verwenden, in Berlin wird nur 51,4 pCt. dafür verwendet. (Hört, hört! rechts.) Ich habe einen großen Respekt vor den sädtischen Verwaltungen, auch vor der Berliner; aber das darf mich nicht abhalten, handgreifliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen.«

Pathetisch klingt der Schlusssatz:

»Ich bestehe nicht auf jeder Einzelheit des Gesetzes, sondern bin gern zur Verständigung über einzelne Punkte in der Kommission bereit, damit unser Schulwesen, die schönste Perle in unserer Krone, auf seiner Höhe erhalten bleibt. Wenn es so weiter geht, wie bisher, so kommt unser gesamtes Schulwesen in eminente Gefahr. Das darf unter keinen Umständen geschehen; wir müssen unser Schulwesen in Preußen auf der bisherigen Höhe erhalten.«

Der »lebhafteste Beifall rechts« mag sich wohl weniger auf diesen warmherzigen Ausklang der ministeriellen Rede beziehen, als vielmehr auf die scharfe Zurückweisung der Städte. Einzelne Stellen der Rede sind uns nicht wenig aufgefallen; wir können uns aber heute mit besonderen Auslassungen nicht befassen. Nach Herrn Dr. Bosse folgte als erster in der Debatte ein Zentrumsredner, der Abgeordnete Dittrich. Derselbe stellt sich im ganzen nicht unfreundlich zu der Vorlage und hofft sogar, dass es der Kommission gelingen wird, »eine den Gemeinden, der Schule und den Lehrern gerecht werdende Vorlage zustande zu bringen.« Enthalten aber kann sich der Redner nicht, wegen eines »Schulgesetzes auf christlicher Grundlage« inständigst Anfrage zu halten, bei welchem seine Partei und die Konservativen gern mitwirken werden.« Mit Nachdruck wehrt er ab, dass aus der Schule eine staatliche Erziehungsanstalt gemacht werden soll, auch lässt er durchblicken, dass innerhalb des Zentrums eine Geschlossenheit für den Entwurf noch nicht vorhanden ist. Er sagt:

»Wenigstens müssen wir uns über die Grundrichtung, in der eine weitere Regelung des Schulwesens erfolgen soll, verständigen, und wenn diese mit unseren Ansichten nicht übereinstimmt, so werden wir der Vorlage nicht zustimmen können.«

Der nationalliberale Abgeordnete Seyffardt erklärt kurz und rund:

»Wir können das Gesetz in dieser Form nicht annehmen, ich persönlich hoffe allerdings, dass es uns glücken wird, eine Verständigung herbeizuführen und die Lasten so zu verteilen, dass sie niemanden drücken.«

Als konservativer Hauptredner trat der Abgeordnete von Heydebrandt und der Lasa auf. Auch er betont das allgemeine Schulgesetz auf christlichem Boden. Wenn die Konservativen jedoch dem gegenwärtigen Gesetz zustimmen, »so thun sie das nur in der Überzeugung, dass sich die Vorlage auf richtigen Bahnen bewegt und dem christlich-konfessionellen Prinzip nicht zuwider ist.« Zu bemängeln hat er nur die schematische Annahme von 25 Lehrerstellen als Höchstzahl für den staatlichen Zuschuss. »Von einer Benachteiligung der großen Städte könne keine Rede sein.« — Der Finanzminister, dessen Auseinandersetzungen man wohl mit der meisten Spannung entgegengesehen hat, vervollständigte eigentlich nur die Ausführungen des Kultusministers bezüglich der ausgleichenden Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land, widerstritt dem Vorwurf, der Entwurf trage einen agrarischen Charakter, sprach viel über Steuerfragen im allgemeinen und ließ sich nicht aus dem humorvollen Gleichgewicht bringen. — Ein zweiter Zentrumsredner war vollkommen das Echo des ersten. Den Abschluss am ersten Tage, an dem es verhältnismäßig so ruhig zugeht, als spräche man über den neuesten Speisezetteln, machte ein freikonservativer Abgeordneter v. Tschoppe. Er sprach hauptsächlich über die oft herangezogene Verfassungsfrage und erläuterte die Bestimmungen des § 26 dahin, dass sie den Erlass von Spezialgesetzen nicht ausschließen. Er wünschte, die Aufsichtsbehörden mögen bei Feststellung der Besoldungssätze im einzelnen nicht zu weit zu gunsten der Lehrer gehen. Den Erlass eines vollständigen Schulgesetzes hält er der sozialen Zerklüftung wegen für nicht opportun.

Ungleich lebhafter ging es am zweiten Tage zu. Sachgemäß, wohl ganz im Sinne der bekanntesten Lehrerforderungen, war die Jungfernrede des neugewählten Zentrumskollegen Latacz. Es lässt sich dem weiter nichts zusetzen, wenn auch der Berichterstatte des »Berl. Tagebl.« ein ergötzliches Bildchen zu malen beliebt. Der Redner habe sich ganz dem Journalistentische abgewandt und seine Ansprache abgelesen, sodass der Präsident v. Köller sich veranlasst sah, von hinten heranzutreten und sich über den Redner zu beugen. Darnach sei auch der Zentrumsman Dittrich herbeigekommen, um den Redner auf die Unzulässigkeit dieser Vortragsweise aufmerksam zu machen. Wir meinen, diese kniffigen Genremaler im Stile der Gerichtszeitungen tragen gewöhnlich etwas stark auf. Dass der parlamentarische Neuling sein Manuskript bei sich hatte und auch streifte, ist gewiss keine schlechte Vorsicht. Hoffentlich ertrinkt er nicht in diesen Untiefen.

Von der freisinnigen Volkspartei sprach der Abgeordnete Knörcke. Achilles Richter scheint zu zürnen und sich nicht ohne Absicht vom Männerkampfe fern zu halten. Herrn Knörcke merkt man an, dass er fleißig Schulzeitungen liest; seine Rede spiegelt die in der pädagogischen Presse kundgegebene Meinung getreulich wieder. Nur in Bezug auf § 7 nimmt er eine andere Haltung ein und meint, wenn man nur den Lehrern den rechtlichen Anspruch auf Alterszulagen gewähren würde und den andern Beamten nicht, so würde man die Lehrer in ungerechter Weise bevorzugen. In dieser Sache sei von jeher eine humane Behandlung geübt worden. Dass Herr Knörcke ganz energisch gegen die schwere Schädigung Berlins zu Felde zog, wer will ihm das verdenken?

War bis dahin der Debattenfluss gemächlich seines Weges gelaufen, so fing er nunmehr an plötzlich aufzubrechen. Freiherr v. Heeremann trat in die kampfgeübten Schranken. Anfänglich streichelte er den Lehrern sanft die abgehärmten Backen, indem er sie auf eine höhere Stufe stellte als die gewöhnlichen Staatsbeamten. »Die Lehrer bilden eine Gesellschaft von Männern, die eine hohe und heilige Aufgabe zu erfüllen haben.« Dann forderte Herr v. Heeremann ungestüm die baldige Vorlage eines allgemeinen Schulgesetzes. »Jetzt oder nie! Mit gewaltigem Eifer trat der Redner der immer weiter um sich greifenden Verstaatlichung der Schule entgegen. »Man kann die Schule nicht schwerer schädigen, als wenn man sie zu einer Staatsanstalt macht nach dem Muster des Falkschen

Erlasses von 1876, der noch zu Recht besteht.« Man merkt ganz deutlich, wohin der Redner steuert, wenn er so heiß für die Gemeindeschule eintritt. Ja, »die Gemeinde müsse ihre Rechte behalten, weil die Schule aus dem Bedürfnis der Gemeinde hervorzüchelt.« Dazwischen knallte Kraftschuss auf Kraftschuss, u. a. der: »Jeder wahre Katholik schreit entrüstet über die Schulbürokratie des Landes!« Und nun kommt die Quintessenz, das eigentliche Herzepunkt:

»Die Schule darf nicht von der Kirche getrennt werden. Die heutige Schule ist thatsächlich nur eine Abrichtungsanstalt, einzig und allein der Religionsunterricht ist im stande, das Gemüt der Kinder zu bilden. Die Staatsschule aber ist auf dem besten Wege, atheistisch zu werden. Wohin sollen wir kommen, wenn unsere Jugend nicht mehr religiös erzogen wird? Durch Polizei und Staatsgewalt können Sie dem Umsturz nicht entgegenzutreten, sondern nur durch religiöse Erziehung. (Beifall im Zentrum.) Es ist ein Widerspruch, dass man den Religionsunterricht dem Staate überlässt, und man sollte Gott danken, dass die Kirche sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Ich muss bekennen, dass wir der jetzigen Kultusverwaltung nicht das Vertrauen entgegenbringen können, wie der früheren.«

Wem gruselts? Uns nicht. Wir freuen uns von Herzen über diese ungeschminkte Fortissimo-Aufrichtigkeit. Da weiß man doch, woran man ist. »Atheistische Abrichtungsanstalt!« Wer erinnert sich nicht der Windthorst'schen »Entchristlichung« der Volksschule? Alles schon dagewesen. Bekanntlich nennt man solche sich stereotyp wiederholenden Ausdrücke »Wasserleichen.« Wenn die Religion so zum Überdruß abgequält wird, wie Herr v. Heeremann will und wie es häufig auch geschieht, dann ist die Schule allerdings stark auf dem Wege, eine atheistische Abrichtungsanstalt zu werden.

Der Herr Kultusminister vergalt das empfangene Misstrauensvotum nicht mit gleichen Waffen, sondern hielt sich dem mächtigen Zentrumsführer gegenüber stark in der Reserve. Sehr zutreffend aber war der Satz:

»Die Schärfe, mit der Frhr. v. Heeremann sich heute gegen die Kultusverwaltung ausgesprochen hat, ist ein recht charakteristischer Beweis dafür, wie wenig geeignet unsere Zeit ist, die großen Fragen, die sich bei einem allgemeinen Schulgesetz aufdrängen, in friedlicher Weise zu lösen.«

Ein ganzes Schulgesetz vorlegen zu können, würde er sich freuen; aber es sei dies durchaus unmöglich, versicherte Herr Dr. Bosse nochmals.

Der Schluss der ministeriellen Rede lautet:

Trotz der Schärfe, die in der heutigen Rede zu Tage getreten ist, hoffe ich doch, dass ich Herrn v. Heeremann nicht persönlich zu nahe getreten bin. Ich verehere ihn aufrichtig, aber es ist schmerzhaft, in dieser Weise angegriffen zu werden, und wenn das schon von Herrn v. Heeremann geschieht, den wir alle als milden und verständlichen Mann kennen (Lachen bei den Nationalliberalen), was soll dann von anderer Seite geschehen? Wie Sie alle es gut mit den Lehrern meinen, meine auch ich es gut, und ich hoffe, dass aus der Bestätigung dieser Gesinnung etwas Gutes entstehen wird.

Erfrischend wirkt die kräftige Widerrede des national-liberalen Abgeordneten Dr. Friedberg. Auch hier geben wir nur den Schluss wieder:

Mit der großen Konivenz, die der Kultusminister bisher dem Zentrum erwiesen, hat er nichts erreicht. Dasselbe gilt von seiner Konivenz gegenüber der evangelischen Orthodoxie. Wir werden uns darüber unterhalten, wenn von den Bonner Strafprozessen die Rede ist. Wenn die Konservativen und das Zentrum ihre Majorität benutzen wollten, ein christliches Schulgesetz durchdrücken zu wollen, so würde dies uns, wie bisher, auf dem Posten finden, aber ich glaube nicht, dass uns diese Gefahr drohen wird, denn es wird nie wieder ein Kultusminister wie Herr v. Zedlitz auftreten, der mit solcher Naivität (Lärm rechts und im Zentrum) an ein Schulgesetz herangeht. Wir sind fest entschlossen, das heilige Vermächtnis der Reformation, die Gewissensfreiheit, zu wahren (Lachen rechts und im Zentrum), und ich hoffe, dass auch die Konservativen nicht geneigt sein werden, dieses heilige Gut aufs Spiel zu setzen. (Lebhafter Beifall links, Lärm und Zischen rechts und im Zentrum.)

Von den letzten Rednern, die im ganzen wenig Neues brachten, heben wir nur noch einen sehr humoristischen hervor, den Abgeordneten Sieg (ntl.). Derselbe unternahm es, auszuführen, dass das Gesetz bloß den Lehrern Vorteile brächte, nicht aber den Gemeinden. Mit zwingender Logik bemerkte er noch folgendes:

Das platte Land, besonders im Osten, sei schon seit vielen Jahren überlastet. Wenn auch alles schwanke, die Produktion der Kinder

auf dem Lande (Heiterkeit) sei stets dieselbe geblieben. Das platte Land liefert den Städten das beste Menschenmaterial und bezahlt die Zeche für die großen Städte. Deshalb hoffe er, dass das Gesetz ohne wesentliche Änderung angenommen wird, obwohl es dem Lande noch zu wenig bietet.

Das wäre ungefähr ein Bild der Debatten am 30. und 31. Januar. Vorauszusehen war das Schlussresultat, die Überweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Diese wird jedoch erst am 13. Februar gewählt werden. Unsere Magdeburger Freunde haben sich beeilt, die geplante Delegiertenversammlung nunmehr schon auf den 15. Februar festzusetzen. — Währenddessen tagen die verschiedensten Protestversammlungen der Städte. Besonders kriegerisch ging es in Berlin her, wo ein Redner u. a. betonte: Geht dieses Gesetz durch, so wird sich Berlin hüten, in Zukunft für Luxusdinge auch nur das geringste zu gewähren. — Und wie stehen die Aussichten? Das weiß Heeremann.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** [Zum einjährig-freiwilligen Militärdienst der Volksschullehrer.] Der »Staatsanzeiger« schreibt: Erklärungen, die der Kriegsminister zur Frage der Volksschullehrer in der Sitzung der Budgetkommission vom 24. v. Monats abgegeben hat, sind zum Teil unrichtig in der Presse wiedergegeben worden. Thatsächlich ist folgendes: Auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob es in der Absicht läge, den Seminar-Abiturienten die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst beizulegen, erwiderte der Kriegsminister: »Gemäß der unterm 27. Januar 1895 ausgesprochenen Allerhöchsten Willensmeinung ist die Dienstzeit der Volksschullehrer jetzt definitiv dahin geregelt, dass sie fortan auf die Dauer eines ganzen Jahres ausgedehnt werden soll. Dies kann im Hinblick auf die Bedürfnisse der Unterrichtsverwaltung aber nicht sogleich zur Ausführung kommen. Es wird vielmehr ein Übergangsstadium geschaffen werden müssen. Hierbei bietet das bereitwillige Entgegenkommen des Herrn Kultusministers volle Gewähr, dass spätestens im Jahre 1900 die Einrichtung in vollem Umfang in Kraft treten kann. Im übrigen bemerke ich, dass der Herr Reichskanzler beschlossen und mich zur Mitteilung seines Beschlusses autorisiert hat,

»dass der erfolgreiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst künftig gewähren soll.«

Auf die fernere Frage eines zweiten Abgeordneten, wie es mit den Volksschullehrern gehalten werden würde, welche die Mittel zur Ableistung des einjährig-freiwilligen Dienstes nicht nachweisen könnten, erwiderte der Kriegsminister weiter: »Diese Volksschullehrer werden dann die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht erwerben, sondern auf Staatskosten unterhalten werden. Dabei werden sie aber, wie es schon bisher geschehen ist und auch ferner beabsichtigt wird, möglichst gemeinsam untergebracht und ausgebildet werden.«

**Berlin.** [Die »Preuß. Lehrer-Ztg.« vor Gericht.] Am gestrigen Donnerstag wurde der seinerzeit sattsam gekennzeichnete Pressprozess gegen die »Preuß. Lehrer-Ztg.« und zwei Lehrer aus der Provinz Posen endlich definitiv zu Ende geführt. Um gänzlich objektiv zu verfahren, giebt das genannte Blatt den Bericht über die Verhandlung mit den Worten einer andern Zeitung, der »Voss. Ztg.«, wieder: Wegen Beleidigung des Pastors Ilgner in Friedenshorst bei Meseritz in der Provinz Posen waren seinerzeit der Kantor Friedrich Wiedemann aus Friedenshorst, der Lehrer Oskar Scholz aus Rogasen bei Bentschen und der Redakteur der »Preuß. Lehrer-Ztg.«, früherer Lehrer Karl Laacke aus Spandau von der ersten Strafkammer des Landgerichts II (Berlin) verurteilt worden, und zwar Wiedemann zu 100  $\mathcal{M}$  Geldstrafe, Scholz zu drei Wochen Gefängnis und Laacke zu 150  $\mathcal{M}$  Geldstrafe. Pfarrer Ilgner hat am Sonntag, den 28. Oktober v. J., zu einer Zeit, als die Wahl des Abg. v. Unruhe-Bomst in Frage stand, eine Predigt gehalten, die einen politischen Charakter trug. Anknüpfend an das Evangelium vom Zinsgroschen, trat er für eine gerechte Verteilung der Steuern ein und griff die politischen Parteien an, die für die Simultanschulen und gegen die geistliche Schulaufsicht wirken. Er sprach von den Gotteslästerern und denen, die die geistliche Schulaufsicht aus der Schule heraushaben wollen, von den Simultanschulen, in denen Evangelische und Katholische nebeneinander lehren sollen und dadurch verhindert werden, ihren Glauben voll zu bekennen, und betonte die Notwendigkeit der geistlichen Schulaufsicht, denn »wenn der Wächter nicht da ist, sind die Schafe verloren«. Der Kantor Wiedemann, der in diesen Äußerungen Angriffe auf die Lehrer erblickte, schrieb sich auf dem Kirchenchor sofort die stärksten Stellen auf, und sein Amtsgenosse bestätigte ihm, dass auch er die Äußerungen des Pastors und Schulinspektors ebenso aufgefasst habe. Beide gingen deshalb nach dem Gottesdienst zum Pastor Ilgner, um Aufklärung von ihm zu erbitten, und sie erhielten den Bescheid,

dass der Herr Pastor sie beide gar nicht gemeint, sondern nur im allgemeinen gesprochen habe. Bei einer kleinen Lehrerversammlung, in der es sich darum handelte, ob die Geistlichen Ehrenmitglieder der Lehrervereine werden sollten, brachte Wiedemann den Vorfall als Gegengrund zur Sprache, der anwesende Lehrer Scholz nötigte ihm seine Aufzeichnungen ab und behandelte den Vorgang in einem von der »Preuß. Lehrer-Ztg.« veröffentlichten Artikel unter dem Titel »Schulhaus und Pfarrhaus«. Pastor Ilgner, der sich dadurch beleidigt fühlte, stellte den Strafantrag, und die erste Kammer des Landgerichts II erkannte am 14. Mai, wie oben angegeben. Auf eingelegte Revision hob das Reichsgericht das erste Erkenntnis auf und verwies die Sache an das Landgericht I. Bei der gestrigen Verhandlung vor der neunten Strafkammer legte Pastor Ilgner sein Manuskript vor, um zu beweisen, dass er in den fraglichen Stellen seiner Predigt gar nicht die Lehrer im Auge gehabt habe. Wiedemann und der zweite Friedenshorster Lehrer blieben dabei, dass sie die Worte des Geistlichen als gegen die Lehrer gerichtet aufgefasst hätten, gaben aber zu, später überzeugt worden zu sein, dass diese Auffassung eine irrtümliche war. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wiedemann selbst die Freisprechung, gegen Scholz dagegen 200  $\mathcal{M}$ , gegen Laacke 100  $\mathcal{M}$  Geldstrafe. Der Gerichtshof war mit den Verteidigern der Ansicht, dass die vom Pastor Ilgner gebrauchte Wortstellung immerhin geeignet war, jener allerdings als irrtümlich nachgewiesenen Auffassung Vorschub zu leisten, und dass den Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt werden müsse. Der Gerichtshof erkannte deshalb auf kostenlose Freisprechung der drei Angeklagten.

— [Lehrer — hilf!] Die »Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge«, herausgegeben von Rudolf Virchow und Fr. v. Holtzendorff, Serie VIII Heft Nr. 174, enthält einen Vortrag: »Der wirtschaftliche Wert der Wassernutzung durch Fischzucht« von Dr. H. Beta. In der betreffenden Abhandlung giebt der Verfasser u. a. alle möglichen Winke, wie durch rationelle Fischzucht vom großen Weltmeere bis zum kleinsten Dorfteiche der Volkswohlstand gehoben werden könne. Das ist ja alles recht schön; was uns aber nicht gefällt, ist die eigentümliche Rolle, die der liebe Mann dabei dem Lehrer zuschreibt. Auf Seite 27 heist es nämlich wörtlich: »Alle Zuchtteiche bedürfen eines ordentlichen Erziehers, welches Amt man zur Not auch dem schlecht bezahlten Schulmeister nach einigen Vorstudien übertragen kann. Er hat dafür zu sorgen, dass die Feinde der Fische nicht überhandnehmen, Wasser immer gehörig zu- und abfließt und bei plötzlicher Regenmenge nicht über die Dämme trete. Besonders ist beim Gewitter oder gar nach dem Einschlagen des Blitzes rascher Ab- und Zufluss nötig. Für den Winter und die Eisdecke muss der Teich möglichst voll sein und an mehreren Stellen offen gehalten werden. Dazu gute Ordnung in Teichständern, Rechen, Zu- und Abflussgräben, Abweisung des Holzwerkes und was sich sonst von selbst verstehen mag« etc. — Damit also das Volk zu Wohlstand kommt, muss der »schlecht bezahlte Schulmeister« eine solche Rolle spielen und wohl schließlich in der »kläglich« Bezahlung erhalten werden, damit er solche Arbeiten mit »Vergnügen« übernimmt.

**Breslau.** [Pädagogisches Lesezimmer.] Von den im Januar eingegangenen Schriften seien hervorgehoben: Florian Geyer von G. Hauptmann, Grausame Genüsse von L. Tolstoi, Bhagavad Gita, die Lehre vom göttlichen Sein, aus dem Indischen von Dr. Franz Hartmann, Der Fluch der Keuschheit von —t. — Zuschriften fürs Lesezimmer sind fortan nicht mehr an Lehrer Julius Werner, sondern an Lehrer Moritz (nicht »Max«) Bartsch, Gräbschenerstr. 81, zu richten. — Die Leseabende sind auf Mittwoch verlegt.

— [Breslauer Turnlehrer-Verein.] Am 25. Januar veranstaltete der Verein eine Festsitzung, um auch in seinem Kreise der Wiederaufrichtung der Einheit Deutschlands zu gedenken. Herr John sprach über: »Die Überwindung der großen französischen Volkshere vor 25 Jahren durch das deutsche Volk in Waffen.« Wie schon der Kampf gegen das kaiserliche Frankreich gewaltige Anstrengungen erforderte, so war die Vernichtung der neu aus dem Boden gestampften Volkshere bei der großen Ausdehnung des Kampfplatzes und der Ungunst der Jahreszeit eine nicht minder bewundernswürdige Leistung. — Herr Oberturnlehrer Krampe brachte in markigen Worten einen Toast aus auf das Deutsche Reich, dabei betonend, wie es uns Lehrer mit besonderer Freude erfüllen müsse, dass unser Turnvater Jahn als einer der ersten ein deutsches Kaisertum erstrebte und für seine Kaiseridee gelitten und gestritten hat. Lassen wir uns die turnerische Ausbildung der Jugend recht angelegen sein, damit das Vaterland zur Zeit der Gefahr ebensolche wehrhafte Söhne vorfinde wie vor 25 Jahren. — Herr Rektor Wiedemann feierte in warmempfundener Worten den »größten Diplomaten«, unsern Altreichskanzler, den Fürsten Bismarck, und ein begeistertes Hoch wurde dem Mitbegründer der deutschen Einheit gebracht. Das schöne Festlied »Zur Silberhochzeit des Deutschen Reiches« war von Herrn Halama verfasst. Patriotische Lieder, musikalische und deklamatorische Vorträge wechselten im Verlaufe des Abends mit einander, besonders verstand es Herr Schleier die Lachmuskeln seiner Zuhörer stets in Bewegung zu erhalten.

— [Die Krankenkasse der Handarbeitslehrerinnen] an den städtischen Volksschulen hielt am 11. Januar d. J. ihre Generalversammlung ab, in welcher der Jahresbericht gegeben wurde und die Rechnungslegung erfolgte. Die Kasse hat 3 Mitglieder durch Tod verloren; zugetreten sind 11 Mitglieder, so dass die Mitglieder-

zahl gegenwärtig 89 beträgt. Monatlich werden 10  $\mathcal{R}$  Beitrag erhoben, und diesem geringen Beiträge steht eine Gegenleistung der Kasse bis zu 18  $\mathcal{M}$  jährlich gegenüber. Das Vereinsmögen beläuft sich auf 2613  $\mathcal{M}$ . Dasselbe ist gebildet worden aus der Hallischen Schenkung, aus Zuwendungen seitens der städtischen Behörden und aus Zinsen. — Der vorjährige Vorstand, bestehend aus den Handlungslehrerinnen Berndt, Bittner, Seydel und aus den Direktoren Bliemel und Bräuer, wurde wiedergewählt.

N. — [Pestalozzverein-Breslau (Stadt).] Die erste diesjährige allgemeine Versammlung des hiesigen Pestalozzvereins fand am 28. Januar unter Vorsitz des Direktors Reichert im Café national statt. In derselben wurde zuerst vom Schriftführer der Jahresbericht vorgelesen. Aus demselben geht hervor, dass im abgelaufenen Jahre der Verein eine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen hatte, was seit 1890 nicht mehr der Fall war. Ende 1894 zählte der Verein 696 Mitglieder, Ende 1895 dagegen 713. Ausgeschieden sind im verflossenen Jahre 24 Mitglieder, davon gestorben 10, aus anderen Gründen ausgeschieden 14. Zugesetzt sind 41 Mitglieder. Unter den 713 Mitgliedern befanden sich 591 Lehrer, 74 Lehrerinnen, 48 Nichtlehrer. Von sämtlichen Mitgliedern sind 493 evangelisch, 216 katholisch, 4 jüdisch. Aus dem vom Kassierer erstatteten Berichte ist zu ersehen, dass die Einnahmen sich auf 3005,64  $\mathcal{M}$ , die Ausgaben auf 2981,83  $\mathcal{M}$  beliefen. Es bleibt somit ein Bestand von 23,81  $\mathcal{M}$ . Unter den Einnahmen befinden sich auch 36,36  $\mathcal{M}$  als Erlös für verkaufte Zigarrenabschnitte. Den freundlichen Sammlern sei auch hier herzlich gedankt. — Die Zahl der von unserem Vereine zu unterstützenden Witwen belief sich auf 70. 45 derselben sind evangelisch, 25 katholisch. Im Auftrage der Kassenrevisoren berichtet Rektor Kunz, auf dessen Antrag der Kassierer entlastet wurde. Der Vorsitzende sprach hierauf dem Kassierer, Koll. Friedrich, für seine mühevollen und aufopfernde Thätigkeit den Dank des Vereins aus. Durch den Verschleiß der Festschrift von Polack »Vater Pestalozzi« und des Bildes »Pestalozzi unter den Waisenkindern« hat der Vorsitzende der Vereinskasse etwa 60  $\mathcal{M}$  verdient, wovon auf seinen Wunsch hin 50  $\mathcal{M}$  kapitalisiert werden sollen. Das Vermögen des Vereins wird sich dann auf 6510  $\mathcal{M}$  belaufen. — Mit Befriedigung nahm die Versammlung noch Kenntnis von einem Schreiben des Pestalozzvereins in Bunzlau, der sich für das Leihen der vom Kollegen Freitag gedichteten und von Kollegen Franke in Musik gesetzten Festkantate bedankt. Die letztere hat bei ihrer Aufführung in Bunzlau gut gefallen.

Liegnitz. [Pestalozzfeier.] Zum Gedenken des 150. Geburtstages Pestalozzis veranstalteten der hiesige Lehrer- und Pestalozzverein am 8. v. M. eine musikalische Abendunterhaltung mit Festvortrag. Die Leitung der gesanglichen Aufführungen ruhte in den bewährten Händen des Kantors Herrn Konrad Schulz. Den Festvortrag hielt Herr Oberpfarrer Seyffarth. In demselben hob der Redner besonders die soziale Seite der Wirksamkeit des großen Schweizers hervor und vertiefte sich insbesondere in die auch für unsere Zeit geltenden, ja berechtigten und notwendigen Gedanken Pestalozzis, von denen jeder Sozial-Politiker lernen kann. Einige von der Tochter des Festredners sinnig vorgetragene Lieder, sowie eine Klavierpiece, gespielt von Herrn C. Schulz, boten den Chorgesang-Aufführungen angenehme Abwechslung.

Oels. Die erste Sitzung im neuen Jahre wurde am 25. Januar abgehalten und war von 22 Mitgliedern besucht. Der Vorsitzende, Kollege Stanek-Spahlitz, begrüßte die Versammelten und wünschte ihnen Gottes Segen für Haus und Beruf. Der Herr Vorsitzende wies auf den Geburtstag unseres kaiserlichen Herrn hin und brachte die Glückwünsche des Vereins in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das hohe Geburtstagkind zum Ausdruck. — In den Verein neu aufgenommen wurden die Herren Rektor Wagner-Oels und Lehrer Biallek-Zessel. Herr Seminarlehrer Schröter-Oels hielt einen Vortrag über die Wunstorfsche Rechenmaschine, welche von dem Seminarlehrer Magnus in Wunstorf konstruiert worden ist. Der Referent zeigte an der zur Ansicht aufgestellten Maschine die einzelnen Hauptbestandteile und wie dieselbe bei den verschiedenen Rechnungsarten, namentlich bei der Einführung in das Münz-, in das dekadische und dezimale Zahlensystem zu verwenden ist. Der Vorsitzende sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Eine lange lebhaft debattierte Debatte schloss sich an den Vortrag an. — Sodann wurde über das Lehrerbildungsgesetz beraten. — Am 12. Januar veranstaltete der hiesige Pestalozzverein eine Feier zur 150. Wiederkehr des Geburtstages Pestalozzis, die als gelungen bezeichnet werden kann.

Aus Oberschlesien. Am 28. Dezember fand die Beerdigung des Lehrers Holewa in Lonschnik, Kreis Neustadt O/S. statt. Beim Begräbnis musste polnisch gesungen werden, da der Pfarrer deutsche Lieder nicht hören mochte. Als zum Schluss ein deutsches Lied angestimmt wurde, verließ der Herr die Grabstätte, zur allgemeinen Entrüstung der Kollegen. Vor kurzer Zeit wurde in Lonschnik ein Kollege begraben, wobei kein Lied deutsch gesungen werden durfte. Dieser Pfarrer ist Lokalschulinspektor von vielen Schulen. Die Parochianen werden oft gemahnt, ihre Kinder polnisch zu lehren, denn . . . . Die deutsche Sprache wird in der Schule gelehrt, dann verpönt und verdrängt! Jahrein, jahraus sehen wir in hiesiger Gegend die Frucht unserer Mühe zu Grunde gehen, wahrlich kein erfreuliches

Bewusstsein. So lange hier die Geistlichkeit die Schulaufsicht hat, wird es in dieser Hinsicht nicht besser werden.

Ratibor. [Lehrer und Standesbeamter, — ein ernstes Warnungsexempel.] In der Strafkammer-Sitzung des Königl. Landgerichts zu Ratibor am 23. v. Mts. hatte sich der Hauptlehrer Anton D. aus H., Kreis Ratibor, wegen Vergehens gegen § 348 des St.-G.-B. zu verantworten. Kollege D. verwaltet im Nebenamt ein Standesamt. Wie die Beweisaufnahme ergab, hat er sich, angeblich wegen Amtsüberlastung, das bezeichnete Nebenamt dadurch zu erleichtern gesucht, dass er die Anmeldungen von Geburten nicht, wie vorgeschrieben, sofort in das Hauptgeburtsregister eintrug, sondern sich vorläufig auf einem Bogen Papier Notizen machte, den vorge-druckten Bogen im Register aber, ohne ihn ausgefüllt zu haben, von den Anmeldenden unterschreiben ließ. Die vorschriftsmäßige Ausfüllung dieses Bogens verschob er so lange, bis er Zeit hierzu hatte. Nach der Anklage hatte er durch diese Praxis eine öffentliche Urkunde gefälscht, d. h. eine Thatsache, die zur Erhebung von rechtlichen Sachen von Bedeutung ist, wissentlich falsch beurkundet, denn auf den betr. Formularen steht neben anderm der Vordruck: Vorgelesen, genehmigt. Es konnte aber etwas nicht vorgelesen werden, was nicht dastand, und demzufolge konnte dies auch von den Anmeldenden nicht genehmigt werden. Zu seiner Entschuldigung führte Kollege D. an, dass er, wie gesagt, mit Amtsgeschäften stark überlastet gewesen sei, und dass ihm das Bewusstsein einer strafbaren Handlung durchaus gefehlt habe. Der Gerichtshof nahm zwar zu seinen Gunsten nicht mehrere selbständige Übertretungen des angezogenen Gesetzesparagraphen, sondern nur eine einzige fortgesetzte strafbare Handlung an und verurteilte den Kollegen dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß zu sechs Wochen Gefängnis! [Pr. Ltzg.]

e. Sagan. [Pestalozzfeier.] Zu der im Saale des Blum-schen Restaurant vom hiesigen Lehrer- und Pestalozzi-Zweigverein veranstalteten Feier der 150. Wiederkehr des Geburtstages Heinrich Pestalozzis waren außer den Mitgliedern genannter Vereine auch die Ehrenmitglieder des Pestalozzvereins mit ihren Angehörigen eingeladen worden und hatten der Einladung durch zahlreiches Erscheinen entsprochen. Der Vorsitzende des Lehrervereins, Herr Mittelschullehrer Heider, begrüßte die Anwesenden namens des Festkomitees aufs herzlichste, dabei die Bedeutung des Tages hervorhebend. Das sehr mannigfache Programm wurde eingeleitet durch Vorspiel zum »Parcifal« von Wagner, worauf Fr. Williger einen sehr sinnigen Prolog zum Vortrag brachte, welchem der Männerchor: »Brüder, reicht die Hand zum Bunde« folgte. Die Festrede hielt Herr Heider über das Thema: »Pestalozzis Liebesleben«. Ausgehend von der hohen Bedeutung Pestalozzis als Helfer der Schweiz, als Förderer des allgemeinen Volkswohls und als Begründer der modernen Pädagogik und einem Hinweis darauf, dass seine Ideen über Erziehung und Unterricht auch wesentlich bei Hebung der Volksbildung in unserem preussischen Vaterlande nach den Unglücksjahren von 1806 und 1807 als Richtschnur gedient haben, zeichnete der Vortragende mit großer Ausführlichkeit ein erhabenes Bild von dem Liebesleben Pestalozzis. Zunächst wurde dargelegt, wie sich der Liebestrieb des großen Mannes durch Erziehung und eigene Lebenserfahrungen zu jenem bewundernswürdigen Umfange entwickelte. Sodann führte der Redner aus, wie Pestalozzi mit der Allgewalt seiner Liebe in selbstloser Weise sich in Wort und That der Armen und Elenden seines Volkes erbarnte. Durch eine anschauliche Schilderung seines Aufenthaltes in Stanz und seiner Aufopferung für die dort untergebrachten verrohten Waisenkinder zeigte er ihn hierauf auf dem Höhepunkte seines Liebeslebens. Der letzte Teil der Festrede brachte liebliche Bilder aus dem Briefwechsel Pestalozzis mit seiner verlobten Braut und späteren treuen Gattin Anna Schultheß und feierte ihn abermals als den Herold der reinsten, innigsten Liebe. Nach einem Hinweis auf die zur Ehre seines Namens gegründeten Pestalozzi-Vereine erinnerte der Vortragende daran, dass das schönste Ehrenkenmal, welches die Lehrerschaft ihrem Altmeister setzen könne, das der nachahmenden That in ihrer pädagogischen Wirksamkeit sei, und ließ seine Rede ausklingen in Schleiernachers herrlichem Lobgesange auf die Liebe. Nach dem Männerchor: »Glaube, Liebe, Hoffnung« brachte Herr Seminarlehrer Wulle »Romanze« von Tschaikowsky und »Valse de Concert« von Wieniawski in brillanter Weise zum Vortrag. Dem Tenorsolo: »Wenn du noch eine Mutter hast«, von Herrn Hoffmann zu Gehör gebracht, folgte eine Szene aus »Lienhard und Gertrud«, Volksroman von Pestalozzi, betitelt: »Am Abend vor einem Festtage im Hause einer rechtschaffenen Mutter«. Die Darstellung war eine liebevolle und herzerquickende. Den Schluss der Feier bildete der Männerchor: »Wanderers Nachtgebet« von Weber, Pestalozzis Lieblingslied. Die Festteilnehmer blieben noch längere Zeit beisammen.

e. Sagan. An den hiesigen ev. Volksschulen werden mit dem 1. April 2 Lehrerstellen neu eingerichtet, eine dritte ist wegen Weggang des Kollegen Girke nach Cottbus neu zu besetzen. Zu diesen drei Stellen haben sich 127 Bewerber gemeldet. 127!! Das Anfangsgehalt beträgt 1000  $\mathcal{M}$  und steigt in 30 Dienstjahren auf 2300  $\mathcal{M}$ . An der kath. Schule ist eine Stelle neu zu besetzen. Es haben sich 42! Bewerber gemeldet. — Wie das hiesige Wochenblatt erfährt, ist an Stelle des leider viel zu früh verstorbenen ev. Kreisschulinspektors



Breslau, 6. Februar 1896.

Herrn Arndt der Königl. Kreisschulinspektor Herr Stordeur in Schwelm, Reg.-Bez. Arnberg, für die erledigte Stelle bestimmt worden.

**Hinterpommern.** [Ecclesia militans.] In Nr. 146 des »Wochenblatts für Lauenburg« lesen wir: »Über einen unerhörten Vorgang wird der »Köln. Ztg.« aus einem Dorfe des Schlawer Kreises gemeldet. Dort hat der Pastor, welcher Lokalschulinspektor ist, gelegentlich einer Revision den ihm unterstellten Lehrer thätlich angegriffen. Anlass zu diesem Streit gab eine Meinungsverschiedenheit über den Stundenplan. Der Pastor folgte dem Lehrer in dessen Wohnung, packte ihn am Halse und suchte ihn zu würgen. Auf das Hilfesgeschrei der Ehefrau des Angegriffenen eilten die Schüler herbei, und nun erst ließ der Pastor von seinem Opfer ab. Der Schlussakt wird sich vor Gericht abspielen.«

**Hessen-Nassau.** [Preisgebung von Amtsgeheimnissen.] Folgende kaum glaubliche Notiz bringt der »Hess. Bote« vom 22. Januar: »Hachenburg, 20. Januar. (Prüfungsprotokolle auf der Straße.) Vor kurzem wurde auf hiesiger Station Papier, das zum Einstampfen bestimmt war, ausgeladen und durch Fuhrwerk weiter befördert. Die Fuhrleute hatten vom Bahnhof aus eine Strecke weit Papiere verloren, die zerstreut herumlagen. Und was waren das für Papiere? Es waren lauter Prüfungsprotokolle von Elementarschulprüfungen aus verschiedenen Inspektionen unseres Regierungsbezirks, datiert aus den 80er Jahren. Wir waren sehr erstaunt darüber, solche amtliche Schriftstücke, die ehemals von großer Wichtigkeit waren, hier auf der Straße liegen zu sehen. Die Anzahl schätzen wir ungefähr auf 50 Stück. Jedermann, jedes Kind konnte sie aufheben und lesen, was der Lehrer für ein Urteil bekommen hatte und wie die gutachtliche Äußerung des Schulinspektors lautete. Wir halten dies für eine große Ungehörigkeit. Wenn dergleichen Papiere aus den Registraturen verkauft werden, so sollte der Käufer strengstens verpflichtet sein, dafür zu sorgen, dass sie unter keinen Umständen in andere Hände geraten, damit nicht Personen dadurch kompromittiert werden.«

**Wien.** [Im österreichischen Abgeordnetenhaus] interpellierte Dr. Pergelt den Unterrichtsminister darüber, dass der Landeschulinspektor P. Kamprath die in der Rumburger Bezirkslehrerbibliothek befindlichen Werke Grillparzers als in eine Lehrerbibliothek nicht gehörig, die Werke Anast. Grüns aber geradezu als für eine Lehrerbibliothek unzulässig bezeichnet und die Ausscheidung der letzteren aus der Lehrerbibliothek angeordnet hat.

**Afrika.** [An Malaria gestorben.] Der kaiserliche Lehrer Heinrich Richter in Dar-es-Salaam in Deutsch-Ostafrika, der im vorigen Jahre in Kottbus freiwillig sein Amt aufgab, ist nach kaum einjähriger Wirksamkeit am 23. Dezember v. J. daselbst an Malaria gestorben.

## Amtliches.

Der Liegnitzer Regierungs-Präsident Dr. von Heyer hat an die Landräte des Liegnitzer Regierungsbezirkes folgende Verfügung erlassen: Bei der hervorragenden Bedeutung, welche die Beschaffung guter Lektüre für das Volksleben, insbesondere den religions- und vaterlandsfeindlichen Agitationen gegenüber hat, ist es für mich von Wichtigkeit, zu erfahren, was innerhalb des Regierungsbezirkes bisher geschehen ist, um namentlich den ländlichen Bewohnern gute geistige Nahrung zuzuführen. Neben den von Kommunen, Vereinen und kirchlichen Körperschaften eingerichteten Volksbibliotheken bestehen an vielen Orten Schülerbibliotheken, welche, obgleich zunächst zum Gebrauch schulpflichtiger Kinder bestimmt, auch von den Familien der Kinder benützt werden und auf diese Weise über ihre nächste Bestimmung hinaus segensreich wirken.

Die Herren Landräte und Landratsamtsverwalter ersuche ich ergebenst, über die vorhandenen derartigen Bibliotheken, abgesehen von Leihbibliotheken im engeren Sinne gefälligst Ermittlungen anzustellen und über das Ergebnis unter Benutzung des anliegenden Formulars innerhalb zweier Monate zu berichten. Die Erhebungen erstrecken sich auf folgende Fragen: »Wo befinden sich Volks-, Schülerbibliotheken?« »Von wem wird die Bibliothek a. unterhalten, b. verwaltet?« »Zahl der Bände in jeder Bibliothek?« »Höhe des etwa erhobenen Lesegeldes?«

## Vereins-Nachrichten.

### Einladung zur Deutschen Lehrerversammlung.

Pfingsten 1896 in Hamburg.

Ein herzliches Willkommen im voraus allen lieben Kollegen und Kolleginnen, sowie allen Freunden der Schule, die zur Deutschen Lehrerversammlung in den Pfingsttagen n. J. in unserm Hamburg erscheinen werden! Unsere alte und freie Hansestadt hat von jeher

lieben Gästen gern ihre Thore geöffnet; und liebe, hochwillkommene Gäste sind unserm Hamburg die Arbeiter an der deutschen Jugend und die Freunde und Förderer der deutschen Schule. Als wir mit der frohen Kunde aus Stuttgart heimkehrten, dass unsere Einladung einstimmige Annahme gefunden, erregte dies in den hiesigen Lehrerkreisen große Freude, und bald trat ein Kreis von Kollegen und Kolleginnen aus Hamburg und dem benachbarten Altona zusammen, um die erforderlichen Vorbereitungen in die Wege zu leiten. Zu unserer großen Freude erklärte sich auf unsere Einladung auch eine größere Zahl hiesiger Bürger gern bereit, an diesen Arbeiten teilzunehmen. Unser gemeinsames Bestreben ist nun darauf gerichtet, unsern lieben Pfingstgästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Zwar steht im Vordergrund der Deutschen Lehrerversammlung ernste, angestrenzte Arbeit; aber wir hoffen, dass der von der Leitung vorgelegte Arbeitsplan auch eine stattliche Anzahl von Freistunden aufweisen wird. Diese Stunden werden teils fröhlichem Beisammensein, teils der Besichtigung der mancherlei Sehenswürdigkeiten unserer alten, reichen, schön-belegenen Handelsstadt gewidmet sein. Auch gedenken wir mit unsern Gästen der Nordsee und der neuerworbenen Insel Helgoland einen Besuch abzustatten. In Stuttgart haben die uns befreundeten und benachbarten Kieler Kollegen zu einem Ausfluge von Hamburg nach Kiel eingeladen. Mit dem Besuch dieser herrlich-belegenen Stadt würde sich eine Besichtigung des großartigen Kriegshafens, des Kaiser-Wilhelm-Kanals und eine Fahrt in die schöne, blaue Ostsee verbinden. Wir können namentlich unsern lieben Gästen aus dem Binnenlande eine Teilnahme an dieser »Nordlandsfahrt« nur aufs wärmste empfehlen.

Darum: wenn der liebe Mai mit dem schönen Pfingstfeste wieder ins Land zieht:

### Auf, nach Hamburg!

Weitere Mitteilungen bezüglich der Anmeldungen, der Einsendung des Festbeitrages etc. behalten wir uns bis nach Beginn des neuen Jahres vor.

### Der Vorstand des Ortsausschusses.

Hauptlehrer H. Paulsen, 1. Vorsitzender. Oberlehrer C. Diesel, 2. Vorsitzender. F. Brandt, Hauptlehrer, H. Duncker, Oberlehrer, H. Fricke, Hauptlehrer, Dr. H. Hahn, Gymnasial-Oberlehrer, J. Halben, Seminar-Oberlehrer und Mitglied der Bürgerschaft, H. J. Hardkop, Lehrer, C. Hoffmann, Oberlehrer, H. Köhncke, Lehrer, J. Lieberg, Hauptlehrer, J. Maas, Hauptlehrer, M. Meyer, Seminarlehrer, H. Moller, Lehrer, Dr. H. v. Reiche, Apotheker, Fr. Schütze, Lehrer.

Im Anschluss an die vorstehende Einladung des Ortsausschusses für die Deutsche Lehrerversammlung 1896 in Hamburg bitten wir auch unsererseits alle Lehrervereine des Deutschen Reiches, sowie alle Lehrer und Freunde der Volksschule um recht zahlreichen Besuch der Versammlung. Diejenigen Vereine, welche sich an derselben beteiligen wollen, ersuchen wir, rechtzeitig die Wahl ihrer Abgeordneten vorzunehmen. Wir erinnern hierbei an folgende Bestimmungen aus den Satzungen der Deutschen Lehrerversammlung:

»Die Versammlung setzt sich zusammen a) aus Vertretern der deutschen Lehrervereine, d. h. der Landes- und Provinzialvereine, und zwar sind diese berechtigt, auf je 300 Mitglieder einen Vertreter zu wählen; b) aus Lehrern und Lehrerinnen, welche sich zur Teilnahme melden; c) aus Freunden der Schule. — Zu den Abstimmungen über Vereinsthemen, Organisationsfragen und die Wahl des Versammlungsvorstandes sind nur die Vertreter, sowie die Mitglieder des Ausschusses berechtigt. Sonstige Abstimmungen erfolgen durch die ganze Versammlung mit Ausnahme der unter c) aufgeführten Freunde der Schule, welche kein Stimmrecht haben.«

Alle die Lehrerversammlung betreffenden Anfragen und Mitteilungen bitten wir an unsern Geschäftsführer, Lehrer Groppler, Berlin, Chorinerstraße 23, zu richten.

Gera und Berlin, im Dezember 1895.

### Der engere Ausschuss der Deutschen Lehrerversammlung.

Mörle, 1. Vorsitzender. Clausnitzer, 2. Vorsitzender.  
Groppler, Geschäftsführer.

### Deutscher Lehrerverein. (Deutsche Lehrerversammlung.)

Der Antrag des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Lehrervereins, in Berücksichtigung der bisherigen Verhandlungen in den Einzelvereinen das Vereinsthema: »Umgestaltung der Bildungsziele der Volksschullehrer nach den Forderungen der Gegenwart« enger zu fassen, ist von dem Gesamtvorstande des Deutschen Lehrervereins und dem weitem Ausschuss der Deutschen Lehrerversammlung mit 178 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Demgemäß wird das Thema auf der diesjährigen Deutschen Lehrerversammlung in Hamburg in folgender Fassung zur Verhandlung kommen:

»Welche Stoffe sind nach den Forderungen der Gegenwart dem Lehrplan der Volksschule einzufügen bezw. aus ihm zu entfernen?«

Damit sind nunmehr die Themen für die Hauptversammlungen der bevorstehenden Deutschen Lehrerversammlung (Pestalozzi-Vortrag — Stellung des Lehrers in der Schulverwaltung — Schullübelfrage und das oben bezeichnete Thema) endgiltig festgestellt, und es können weitere Anmeldungen nicht mehr entgegengenommen werden.

Anmeldungen zu Vorträgen in Nebenversammlungen bitten wir nur an den mitunterzeichneten Geschäftsführer, Lehrer Groppler-Berlin N., Chorinerstraße 23, bis spätestens zum 1. April zu richten. Gera und Berlin, den 27. Januar 1896.

Der engere Ausschuss der Deutschen Lehrerversammlung.  
Mörle. Clausnitzer. Groppler.

### Schlesischer Provinzial-Lehrer-Verein.

**Allgemeiner Breslauer Lehrerverein.** Hauptversammlung Mittwoch den 5. Februar abends 8 Uhr im »Blauen Hirsch«. 1. Kassenbericht. 2. Wahlen. 3. Das Dotationsgesetz. 4. Mitteilungen.

**Pädagogisches Lesezimmer.** In Rücksicht auf die Hauptversammlung bleibt das Lesezimmer am 5. Februar geschlossen. Mittwoch den 12. Februar Vortrag: »Die Bühne der Gegenwart« (Kollege W. Kleinke). Gäste, auch Damen, willkommen.

**Gesangverein Breslauer Lehrer.** Donnerstag den 6. Februar fällt die Probe aus. Bitte auf die Notiz in nächster Nr. zu achten.

**Breslauer Lehrer-Sängerbund.** Kränzchen den 8. Februar, abends 8 Uhr in der Hermanns-Loge, Weidenstraße 30. Gäste sind willkommen.

**Allgemeiner Breslauer Lehrerverein.** Turnsektion: Das Turnen findet stets Mittwoch von  $\frac{1}{2}$  8— $\frac{1}{2}$  10 Uhr abends statt. Turnhalle: Neue Gasse. Anmeldungen geschehen am bequemsten am Turnabende.

**Bernstadt.** Sitzung Sonnabend den 8. Februar nachm. 4 Uhr im Hotel zum Bl. Hirsch. 1. »Über Steilschrift« (Koll. Scheurich). 2. »Neue Bahnen« (Koll. Schipke). 3. Anträge und Mitteilungen. 4. Gesang. Anfang pünktlich. Zahlreiches Erscheinen erbeten.

**Carlsruhe O/S.** Die Mitglieder werden aufgefordert, die Anzahl der Teilnehmer und Gäste am Vereinsvergügen nebst Beteiligung an Vorträgen dem Herrn Kollegen Hannig-Carlsruhe baldigst mitzuteilen.

**Falkenberg O/S.** Sonnabend den 8. Februar abends 8 Uhr findet ein Familienabend verbunden mit einer Pestalozzifeier statt, wozu der Vorstand die Mitglieder mit ihren Damen hiermit einladet.

**Katzbach-Neisse-Thal.** Sitzung Sonnabend den 8. Februar nachm. 4 Uhr in der Brauerei zu Kroitsch. Besprechung des Besoldungsgesetz-Entwurfs. Nach Schluss der Sitzung gemütliches Zusammensein mit den Damen des Vereins. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

**Lauban.** Sitzung Sonnabend den 8. Februar im »Gambrinus«. 1. Rechentabellen von Thomas. (Krause.) 2. Antrag. 3. Angabe der Zahl der Festteilnehmer.

**Mertschütz.** Sitzung Mittwoch den 12. d. Mts. (nicht den 19.) »Anschauung« (Koll. Dürr). Gesang.

**Trachenberg.** Letzte Übung für die Pestalozzifeier Sonnabend den 8. Februar nachm. 3 Uhr bei Dahlke.

### Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen zu Breslau.

III. ordentliche Generalversammlung Sonnabend den 22. Februar abends 8 Uhr in Barons Restaurant zu Breslau, Klosterstraße 33/34. 1. Jahresbericht. 2. Geschäftsbericht und Feststellung der Jahresbilanz. 3. Bericht des Aufsichtsrates und Erteilung der Decharge. 4. Festsetzung des Reservefonds. 5. Bewilligung von Remunerationen an Vorstandsmittglieder. 6. Festsetzung der Dividende. 7. Festsetzung des Zinssatzes für Darlehen. 8. Wahl des Vorstandes. 9. Wahl des Aufsichtsrates. 10. Satzungsänderungen. (Zu 10: Außer redaktionellen Änderungen wird vorgeschlagen: a) die Erhöhung der Darlehenssumme von 500 auf 1000  $\mathcal{M}$ . b) die Darlehen werden nicht auf länger als 3 Jahre bewilligt, c) die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder ist auf 5 zu erhöhen.)

Nur Mitglieder haben das Recht, an der Generalversammlung teilzunehmen. Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch.

I. A. Der Vorsitzende: G. v. Adlersfeldt.

### Vermischtes.

Eine Anlese von Stilblüten giebt dem »Berl. Tagebl.« zufolge ein Mitarbeiter, der sie in Oberschlesien während seiner Vorbereitungszeit für den höheren Justizdienst den Eingaben von sogenannten kleinen Beamten an vorgesetzte Behörden entnommen hat. Es herrschten damals in einzelnen kleinen Städten jenes Bezirks, die inzwischen freilich eine andere Gestalt angenommen haben, recht urwüchsige Verhältnisse, und danach waren auch manche der kleinen Beamten. Ein polnischer Ortsschulze, welcher alle Fälle unnatürlichen Todes anzuzeigen hatte, schrieb: »An kenigliches huchwull-

geborenes Staatsanwaltschaft zu B. Zeik horsamst an, das Szeszny Ignatz, is sich geworden toderschlagen von blizz bei arbeit auf felde. Welches blizz is sich gewest, weis nich, weil sich grosser gewitter und hat sich vil geblizt dieses tak.« Ich lasse ein Leumundszeugnis folgen: Skrzypczyk Jakub ist sich guttes ordentlich nichternes mensch, was sich blos besüuft sonnamt und sonntak, wie hier is mode. Is sich auch ehrliches Mensch, hat sich blos gesessen wegen Holz (Forst-diebstahl), leztis mal drei monat, Macht sich aber hir alles so, weil is gemeinde serr arm. Das bescheinikt, wie is wahrheit. Chrzaszcz Wojcick, schulze.« Folgende wortgetreue Beschwerde erhob ein städtischer Nachtwächter wider den Bürgermeister:

»An Landratt keniklichis huchgnedikgebornis zu N.

War sich Kaisergetutzak. Besauft sich allis, was is gutte patriot. Mus sich nachwechtir allis herrschaft besuffenis firn zu haus. Gutt, is sich amt meiniges. Hab ich gefirt Pan (Herrn) Amtsrichtir, pan Postmeistir, pan Aptekir, sugor pan farrir huchwirdigis. Blos burgemeistir neuis, mensch schwachis, was sich verträkt gar nix, wil sich gehn alein. Kann nich. Last sich nich firn. Schreit wie oxe und haut mit arme und beine. Fallt wir sich beide uff straße schmutzigis, ich altis mann schwach uff fisli wegen kaiser. Lacht sich allis aus nachwechtir dummis Ergir mich serr. Bit ich horsamst Landratt gnedigis, befell burgemeistir neuis, soll sich lass firn zu haus, wann is besuffen. Unterteinixter Kaczmarczyk Jakub, nachwechtir stettischis.«

**Schönschreibunterricht in Japan.** Zu den merkwürdigsten Dingen, die in Japan vorkommen, gehört ohne Zweifel der Schönschreibunterricht, der einem Daimio, d. h. einem Mitgliede des alten hohen japanischen Militäradels, erteilt wird. Der Lehrer der Schönschreibekunst beginnt damit, dass er ganz im geheimen die Vorlagen vorbereitet, die ausschließlich für den Fürstensohn bestimmt sind. Um den kleinen Daimio ist ein ganzer Schwarm von lieblichen Kammerkätzchen beschäftigt, die nur ihm dienstbar sind und alles vorbereiten, was Schüler und Lehrer brauchen. Man könnte sie Museen nennen, die einen jungen Helden zur Arbeitszeit umgeben. Zur festgesetzten Stunde stellt sich der Herr Professor der Schönschreibekunst ein: schweigend und feierlich sucht er seinen Platz auf, indem er respektvoll auf weißen Pantoffeln vorwärts gleitet. Er hat den Mund mit einer weißen Serviette bedeckt, um mit seines Atems Hauch nicht den Daimio zu belästigen; in der japanischen Gesellschaft ist man in diesem Punkte sehr zartfühlend. Nachdem er sich in stummen Größen erschöpft hat, setzt sich der Herr Professor nieder und beginnt mit seinem Elfenbeinstift Linien auf Papier zu ziehen, damit der Daimio leicht schreiben kann. Wenn nun der Schüler einige Linien bekrizelt hat, hat der Lehrer die Pflicht, vor Begeisterung außer sich zu geraten und durch Gebärden seine Bewunderung und seine Freude auszudrücken, er muss sich ob der herrlichen Anlagen des Knaben ganz gerührt zeigen; aber das alles muss er ausdrücken, ohne auch nur eine Silbe zu sprechen, nur durch Zusammenziehen der Gesichtsmuskeln und durch lebhaftige Handbewegungen. Es ist ihm durchaus verboten, direkt mit dem Zögling zu sprechen; er darf höchstens eine der ersten Kammerfrauen bei Seite rufen und sie beauftragen, sein Staunen und seine Begeisterung in Worte zu kleiden.

### Rezensionen.

**Ed. Sperber, Kgl. Reg.- und Schulrat.** Die biblische Geschichte mit erklärenden Anmerkungen als Grundlage für die unterrichtliche Behandlung. I. Teil. Das alte Testament. Verlag der Kuhnischen Buchhandlung in Eisleben. Preis 3,50  $\mathcal{M}$ .

Von diesem wohl den meisten Lesern bekannten Buche liegt nunmehr die 11. Auflage vor. Inhaltlich ist dieselbe unverändert, nur hat die revidierte Bibel Berücksichtigung gefunden.

**Hermann Kahle.** Grundzüge der evangelischen Volksschul-erziehung. In 2 Abteilungen. Verlag von Carl Dülfer in Breslau. Preis in Halblederband mit Goldtitel 7,80  $\mathcal{M}$ .

Die vorliegende (9.) Auflage ist nach dem Tode des rühmlichen Verfassers von Herrn Regierungs- und Schulrat Sperber mit pietätvoller Rücksichtnahme im Sinne und Geiste des Heimgegangenen bearbeitet worden. Wesentliche Änderungen finden sich somit nicht vor. Neu hinzugefügt sind die Abschnitte über Herbart und über den Handfertigkeitsunterricht für Knaben. Die Anordnung dieses pädagogischen Meisterwerkes dürfte allgemein bekannt sein, sodass wir an dieser Stelle von einer speziellen Inhaltsangabe absehen können. Würde es die verdienstvolle Verlagshandlung nicht ermöglichen können, durch Herausgabe in Lieferungen den Ankauf des vielbegehrten Werkes auch minder Bemittelten zu erleichtern?

**Hermann Kahle.** Die Geschichte des Reiches Gottes im alten und neuen Bunde. Zum Studium und zur unterrichtlichen Behandlung. Mit Holzschnitten und Karten. Verlag von Carl Dülfer in Breslau. Preis in Halblederband mit Goldtitel 5,50  $\mathcal{M}$ .

Auch dieses wiederholt empfohlene Kahlesche Werk wird in neuer (9.) Auflage bald wieder zahlreiche Nachfrage finden. Nach dem im Jahre 1887 erfolgten Tode des bekannten Schulmannes sind von befreundeter Hand noch einige biblische Geschichten teils in ausführ-

licher Behandlung, teils in Form von Gesamtbildern hinzugefügt worden. Holzschnitte und Bibelkarten sind erheblich vermehrt. Für die Besitzer der früheren Auflagen ist das Karten- und Holzschnittheft für nur 20  $\frac{1}{2}$  durch jede Buchhandlung zu beziehen.

### Briefkasten.

B. in P. Gedruckte Berichte können wir nicht gut übernehmen. Das dürfen Sie uns nicht verübeln. — Mehrere Einsender. Wir hatten zugesagt, die bis zu einem gewissen Termin eingesandten Berichte über Pestalozzifeiern aufzuarbeiten und müssen daran festhalten. — L. L. Herr Seminarlehrer Franz Schmidt wohnt Annengasse 1. — S. in M. Diesmal leider nicht mehr möglich. Wäre nicht ein kurzer historischer Hinweis, die Hervorhebung einer bestimmten Stelle, wirksamer? Aber wie Sie wünschen. — W. in B. Das freut uns, dass Sie uns die Last, lange Briefe schreiben zu müssen, in nobler Weise ersparen. — Ch. und Vth. Ihre Karten kamen einen ganzen Posttag zu spät. — St. in P. Na also! — N. in W. Der Jugendschriftsteller Baron starb 1890. Die Adresse lautet »Rektor Max Hübner, Paradiesstr. 4«. — L. in A. Diese kernige Schilderung könnte doch wohl stellenweise Übelkeit erregen. Bedenken Sie, auch Damen lesen die »Schulztg.« Realistisch wahr mag das »Trifolium« ja sein. — Bismarckstiftung. Das Stipendium wird in diesem Jahre noch nicht verteilt. Sobald es in Kraft tritt, wird eine Bekanntmachung in den öffentlichen Blättern erlassen. Es liegt bei der Provinzial-Verwaltung und sind später die Gesuche an den Landeshauptmann von Schlesien zu richten. — M. in L. Es könnte doch vielleicht noch eine Woche hingehen. — L. in Sch. Müssen jetzt immer sehr sorgsam einteilen.

Die diesmalige Nr. z. B. ließ sich nur mit großen Schwierigkeiten Strich für Strich zusammenstellen. Bald! — F. in H. Einer Erkrankung wegen Korrektur nicht übersandt.

## Ball-Seidenstoffe v. 60 Pfg.

bis 18.65 p. Met. — sowie schwarze, weiße und farbige **Henneberg-Seide** von 60 Pf. bis Mt. 18.65 p. Met. — glatt, gestreift, kariert, gemustert, Damaste etc. (ca. 240 versch. Qual. und 2000 versch. Farben, Dessins etc.), porto- und steuerfrei ins Haus. 282 6.

**Seiden-Fabriken G. Henneberg (k. u. k. Hofl.) Zürich.**

Die Beamenschule in Lommatzsch (Königreich Sachsen) erfreut sich trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse noch immer eines namhaften Besuchs, wofür der Grund jedenfalls in den dauernd erfreulichen Erfolgen zu suchen ist. Die Anstalt steht unter der Aufsicht des Hohen Kultusministeriums und ist auch im vergangenen Jahre wiederholt seitens der vorgesetzten Behörde eingehend revidiert. Die Schüler erhalten nicht nur gewissenhaften Unterricht in allen Fächern, die für ihr Fortkommen von Wichtigkeit sind, sondern sie werden auch während der Arbeits- und der Freizeit sorgfältig beaufsichtigt und zu Fleiß und guter Führung gehalten; dabei wird jedoch auch Sorge getragen, dass sie sich bei ihrer angestrengten geistigen Arbeit genügend in der frischen Luft bewegen. Da Lommatzsch ein Landstädtchen ist, so fehlen auch die Verlockungen der Großstadt, und um so mehr ist die Gewähr vorhanden, dass die der Schule anvertrauten Zöglinge sich zu tüchtigen und charakterfesten Menschen heranbilden.

Die Geburt eines munteren Töchterchens zuegen hochehrent an.

Breslau, den 2. Februar 1896.

Max Zimmer und Frau.

Am 30. Januar wurde uns der Rektor unserer Schule

### Herr Friedrich Dürr

durch den Tod entrissen. Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen einen stets wohlwollenden Freund und Berater und werden ihm wegen der Lauterkeit und Herzlichkeit seines Wesens ein dauerndes und treues Andenken bewahren.

Das Lehrerkollegium  
der evang. Volksschule No. 7.

Donnerstag den 30. Januar verschied nach langem schweren Leiden, der Rektor der ev. Volksschule No. 7

### Herr Friedrich Dürr.

Sein reiches Wissen und sein edler Charakter, verbunden mit echt kollegialischem Sinne, sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Breslau, den 3. Februar 1896.

Im Namen des Allgemeinen Breslauer Lehrervereins:  
Der Vorstand.

Am 27. Januar cr. starb nach schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren unser lieber Freund und Vereinsbruder, der Lehrer

### Herr Karl Kraft

aus Dörndorf, Kreis Oels.

Seit Gründung unseres Vereins, im Jahre 1878, ist der Verstorbenen stets ein treues und reges Mitglied desselben gewesen. Wegen seines biederen, geraden und offenen Charakters und wegen der Lauterkeit seiner Gesinnung hat er sich die Liebe und Achtung aller seiner Amtsbrüder in hohem Maße erworben. Sein Andenken wird uns unvergesslich sein.

Ruhe in Frieden, Du teurer Freund!

Lehrerverein Sibyllenort.

Sonnabend, den 1. Februar cr. verschied nach längerer Kränklichkeit unser lieber Kollege, der Hauptlehrer

### Herr Karl Günther

im rüstigen Mannesalter von 40 Jahren.

Er war uns allen ein guter Freund, den jüngeren Kollegen ein erfahrener Berater. Sein kollegialer Sinn wird ihn bei uns stets in gutem Andenken erhalten.

Neukirch, den 2. Februar 1896.

Seine Amtsgenossen am Orte.

Am 30. v. Mts. starb nach langen Leiden der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende unseres Vereins

### Herr Rektor Fr. Dürr.

Hochbegabt, ausgerüstet mit reichen Kenntnissen und begeistert für seinen Beruf, hat er fast bis zum letzten Atemzuge seine Kraft der Schule gewidmet, den er jederzeit mit hingebender Treue und hervorragendem Erfolge gedient. Unser Verein beklagt den Verlust dieses ausgezeichneten Mitgliedes aufs tiefste und wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Breslau, den 1. Februar 1896.

Der Verein Breslauer ev. Rektoren.  
I. A.: Clusius.

Am 23. Januar, abends 11 $\frac{1}{2}$  Uhr, verschied nach langem Leiden unser lieber Freund und Kursusgenosse, der Lehrer

### Hugo Schwarz

zu Seiffersholz, Kreis Grünberg, im Alter von 22 Jahren. Wir betrauern in dem so früh Abgerufenen ein Muster der Treue und Hingabe für seinen Beruf.

Er ruhe sanft!

Klopsch.

Dies allen Reichenbachern 1891—93 zur Nachricht.

Am 23. Januar d. J. starb nach längerem Leiden im Elternhause zu Grünberg der

### Lehrer Herr Hugo Schwarz

aus Seiffersdorf im blühenden Alter von 22 Jahren.

Der so früh Entschlafene zeichnete sich durch Treue, Herzensgüte und lautere Gesinnung aus. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Der Freie Lehrerverein Schweinitz-Dober.

### Nachruf!

Heut früh 6 Uhr ging zu einem besseren Leben ein der Königl. Superintendent und Konsistorial-Rat

### Herr Richard Geisler.

Das hohe Interesse, welches der Verstorbenen als Kreisschulinspektor an der Verwaltung der ihm unterstellten Schulen zeigte, die väterliche Fürsorge, welche er für das Wohl der Lehrer stets an den Tag legte, sowie das aufrichtige Entgegenkommen im persönlichen Verkehr sichern ihm in unserem Herzen ein dauerndes Andenken.

Oppeln, den 28. Januar 1896.

Die Lehrer des evangelischen Kreis-Schulinspektions-Bezirks Oppeln.

Am 1. Februar verschied nach schwerem Leiden in der Fülle der Mannesjahre unser liebes Vereinsmitglied

### Herr Karl Günther,

Hauptlehrer in Neukirch.

Ausgezeichnet durch reiche Gaben des Geistes, durchglüht von den Lehrsidealen, pflichteifrig und strebsam im Amte, treu und edel in der Gesinnung, war er ein sehr reges Mitglied unseres Vereins, für den er stets in selbstlosester Weise wirkte.

Seines offenen, echt kollegialischen Wesens halber wird er uns unvergesslich bleiben.

Ehre seinem Andenken!

Der Lehrerverein Landkreis Breslau.

F. Herrmann.

Nach längerem Leiden verschied heute nachmittags unser Freund und Klassenbruder

### Herr Karl Günther,

Lehrer in Neukirch bei Breslau.

Sein reiches Wissen, sein warmes Eintreten für die Interessen seines Standes, seine treue Pflichterfüllung und sein edler Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken in unseren Herzen.

Breslau, den 1. Februar 1896.

Bunk. Exner. Hase. Missalek. Pohlit.  
Wolter.

## Turnlehrer-Stelle.

Am hiesigen Gymnasium soll zu Ostern ein für den Turnunterricht an höheren Lehranstalten befähigter erfahrener Turnlehrer angestellt werden. Das Gehalt derselben ist dem der hiesigen Elementarlehrer gleich, beträgt jedoch nicht unter 1400 Mark und steigt bis 3000 Mark. Außerdem erhält der Anzustellende 150 Mark Zulage. Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf, Zeugnissen und Gesundheitsattest sind bis zum 8. Februar cr. an uns einzureichen.

Görlitz, den 24. Januar 1896.

Der Magistrat.

[54

## Stellentausch.

Alleinstehender Lehrer in schönst. Gegend (Liegnitzer Bez.) 1200  $\mathcal{M}$  Gehalt und schöne Wohnung, wünscht mit einem Kollegen des platten Landes in ähnlichen Verhältnissen zu tauschen. Gefl. Offerten unter C. B. 35 an die Exped. dies. Ztg. erbeten.

[56

## Bekanntmachung.

Die **Rektorstelle** an unserer evangelischen Stadtschule soll zum 1. April 1896 besetzt werden. Das Anfangsgehalt beträgt 1600 Mark und steigt auf 2500 Mark.

Bewerber, welche das Rektorats-Examen abgelegt haben müssen, wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen, Photographie und Lebenslauf bis zum 1. März cr. an uns einreichen.

Friedland, Bez. Breslau, den 24. Januar 1896.

Der **Magistrat**,  
Schimmelmänn.

[52]

Die **evangelische Lehrerstelle** in Nistitz, Kreis Steinau a/O., ist bald zu besetzen. Stellen-Einkommen 1025 M. Neues Schulhaus. Bewerber wollen abschriftlich Zeugnisse und Lebenslauf einsenden.

Radschütz per Köben a/O., den 20. Januar 1896.  
Der **Generalvollmächtigte**.

Ullmann. 49a/b

### Konz. Kath. Präparanden-Anstalt

zu Breslau, Taschenstrasse, im neuen Schulhause. Anmeldungen für das neue Schuljahr nimmt entgegen [35d/e]  
Kneier, Rektor, Hirschstr. 31.

### Präparanden-Anstalt zu Grossburg.

Befähigte Knaben finden zu Ostern Aufnahme. Der Unterricht wird in aufsteigenden Klassen von einem besondern Präparandenlehrer und den drei Ortslehrern erteilt. Pensionen für 180 Mark in den Lehrerfamilien. Schulgeld 50 Mark. [58a-c.]

### Evangelische Präparanden-Anstalt zu Münsterberg.

[51]

Die Aufnahme neuer Zöglinge erfolgt Dienstag den 14. April, Vormittag 9 Uhr. Anmeldungen sind vorher zu richten an  
den **Vorsteher der Anstalt**  
Seminarlehrer Philipp.

Das **Choralbuch** von Caro wird zu kaufen gesucht. Gefl. Off. an Lehrer Witt, Groß-Glogau. [47b]

Zur Anfertigung von

### Schulbänken

nach dem bewährten Geh. Regierungs- und Baurat

#### Beyer'schen System

empfiehlt zu billigsten Preisen unter Garantie [57a-e]

J. Glier,

Breslau, Klosterstraße 98/100.

## Pianinos

von Römheldt in Weimar

Apertes Fabrikat I. Ranges.

12 goldene Medaillen und 1. Preise.

Von Liszt, Bülow, d'Albert auf's

Wärmste empfohl. Anerkennungsschreiben

aus allen Theilen der Welt. In vielen

Magazinen des In- und Auslandes vorrätig,

sonst directer Versandt ab Fabrik.

Uebliche Vortheile f. d. Herrn Lehrer.

129 v

**Pianinos**, neu kreuzsaitig, von 380 M an  
Kostenfreie, 4 wöchentliche Probensendung.  
Fabrik Stern Berlin, Neanderstr. 16.

## Familien-Versorgung.

Alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunal- u. Beamten, Geistlichen, Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Architekten, Offiziere z. D. und a. D., sowie auch die bei Gesellschaften und Instituten thätigen Privat-Beamten, welche für ihre Hinterbliebenen sorgen wollen, werden auf den

### Preussischen Beamten-Verein

Protector: Se. Majestät der Kaiser

**Lebens-, Kapital-, Leibrenten- u. Begräbnisgeld-Versicherungs-Anstalt** aufmerksam gemacht.

**Versicherungsbestand 126,997,615 M — Vermögensbestand 31,962,000 M**  
Der Überschuss des Geschäftsjahres 1894 beträgt 1,159,281 M, wovon den Mitgliedern 641,226 M als Jahres-Dividende zufallen.

Die Kapital-Versicherung des Preussischen Beamten-Vereins ist vorteilhafter als die sogen. Militärdienst-Versicherung. [170i-m]

Infolge der eigenartigen Organisation (keine bezahlten Agenten) und direkte Verhandlung der Direction mit jedem Antragsteller gewährt der Verein die billigsten Versicherungen. Die Drucksachen desselben geben jede nähere Auskunft und werden auf Anfordern kostenfrei zugesandt von der

**Direction des Preussischen Beamten-Vereins in Hannover.**

### Die Handelsschule zu Iauer i. Schl.

bietet in ihrem **fachwissenschaftl. Kursus** jungen Kaufleuten Gelegenheit, sich in **einem Jahre** eine tüchtige theoretische Bildung anzuzeignen. [39 b-d]

Ferner finden in ihr **Jüngere** die wissensch. Ausbildung nicht nur für den kaufm. Beruf, sondern gleichzeitig auch für das **Einj.-Freiw.-Exam.** Kursus **2—3 jährig**.  
Schulanfang **14. April**. Prospekte durch  
**Die Direktion.**

### Flügel, Pianinos und Harmoniums,

neue und gebrauchte, von vorzüglicher Güte und in größter Auswahl, empfiehlt zu billigen Preisen unter Garantie



### J. Grosspietsch, Hoflieferant,

Breslau, [2 6-13]

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 22,  
früher Königsstrasse No. 11.

### Flügel, Pianinos und Harmoniums,

neue und gebrauchte, in großer Auswahl unter Garantie zu den solidesten Preisen.  
Ratenzahlung bewilligt. [3 6-13]

### C. Vieweg, Breslau, Brüderstrasse 10,

Pianofabrikant.

### 5% Rabatt und 2 Monate Ziel

gewähren den Herren Lehrern beim Bezuge unserer anerkannt billigst gestellten guten Qualitäten

### Herren- u. Damen-Kleiderstoffe, Teppiche, Schlafdecken und Strumpf-Wolle.

Ein Versuch wird überzeugen. — Muster bereitwilligst franko.

### G. Klauss & Co., Ballenstedt a/Harz. [103-15]

An Sonn- und christlichen Feiertagen findet kein Versandt statt.

### Pianinos — [46-52]

von 440 Mk. an.

#### Flügel.

10jährige  
Garantie.

**EMMER** \*

Harmoniums

von 90 Mk. an.

Abzahlung gestattet.

Bei Barzahlg. Rabatt u. Freisendg

W. EMMER, Berlin C., Seydelstrasse 20

Allerhöch. Auszeichnungen, Orden, Staatsmed. etc.

### Pianinos, Harmoniums,

von M 350,— an. von M 80,— an.

Amerik. Cottage-Orgeln, Flügel,  
Klavier-Harmoniums. [5 5-52]

Alle Vorteile. Höchster Rabatt.

Illustr. Katalog, der grösste seiner Art, franco.

Nichtgef. Instrum. auf meine Kosten zurück.

Wilh. Rudolph in Giessen No. 64.

### Ein Stutzflügel

von Irmel, engl. Mechanik, Polisanter, in Ton und Stimmung vorzüglich, wenig gespielt, ist für 450 M in Ohlau zu verkaufen. Näheres durch Herrn Lehrer Melde in Ohlau und Rektor Wuttke in Breslau, Teichstr. 5. [55]

**Verlangen Sie** zur Auswahl auf  
14 Tage:

1 Sortiment Lieder f. Männerchor — f. gemischten — f. Frauen- und Kinderchor.

1 — humor. Scenen, Duette, Terzette u. Couplets.  
(Großartige Neuheiten!) 244 26-45

1 — Musikalien für Clavier, 2 hdg., 4 hdg.

1 — für Violine, Viol. u. Clav. (leicht?, schwer?)

1 — für Kirchengesang — für die Orgel.

Carl Klinner, Musikalienhdlg., Leipzig.

Reinen Rebensaft, a. eig. G., anerk. gut  
à Liter rot 1 M, weiß 80 P offeriert [115-13]  
Grünberg i/Schl. Eckert, Lehrer.